

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 3. Dezember 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Durcheinander in der deutschen Politik

Nachdem Hitler im „Kaiserhof“ mit seinen Beratern seine langen Briefe an Hindenburg geschrieben hat und die Korrespondenz hierzu veröffentlicht worden ist, tritt die Zwiespältigkeit und Unehrlichkeit Hitlers und seiner Partei klar zutage. Gewiß kann man vielleicht sagen, daß die Berater Hindenburgs, insbesondere Staatssekretär Dr. Meißner, Hitler aufs Glatt-eis geführt haben bei den mündlichen Verhandlungen mit ihm. Er sollte als Kanzler ein Kabinett schaffen mit regierungsfähiger parlamentarischer Mehrheit. Mit diesem Gedanken hat er augenscheinlich zunächst selber gespielt und hat sich auf diese Weise in der eigenen Schlinge gefangen. Sein Versuch, sich die Macht zu erschleichen, ist ihm aber nicht gelungen. Vielleicht ist es nicht übertrieben, wenn man sagt, daß der „Führer“ Hitler sich als „verfassungstreuer Demokrat“ maskieren wollte und vortäuschte, daß eine parlamentarische Mehrheitslösung möglich sei. Aber der schlaue Fuchs Hugenberg hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Denn die Deutschnationalen wollen keine parlamentarische Mehrheitslösung, sondern ein Präsidial-Kabinett wie bisher, damit sie auch weiterhin reiche Beute für die besitzenden Schichten machen können. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus auch weiterhin die klare Konsequenz einer bis zum äußersten gesteigerten Opposition.

körperschaften (Gemeinden) wird auch auf etwa 600 Millionen Mark geschätzt. Dieser furchtbare Zustand der öffentlichen Finanzen allein bedeutet bereits ein großes Hindernis für jeden möglichen Konjunkturaufstieg, wie sogar von Vertretern der Deutschen Volkspartei festgestellt worden ist. Es ist ein ungeheures Durcheinander, und niemand sieht einen klaren Weg. Wohl aber kann man unzweideutig erkennen, daß die jetzige oder kommende Präsidial-Regierung mit er-

höhter Geschwindigkeit dem Abgrund entgegensteuert, wenn nicht ein Wunder geschieht! * * *

Daß das Wunder nicht von den sogenannten Wirtschaftsführern kommen kann, ist allen Arbeitnehmern längst klar. Aber der Langnam-Verein hat anlässlich seiner 60. Generalversammlung am 23. November in Düsseldorf seine kreischende Stimme wieder einmal vernehmen lassen „für gesunde Wirtschaft im starken Staat“! Diesmal war es der Vorsitzende, Dr. Springorum, der diesen Satz prägte und damit natürlich meinte: einen starken Staat gegen die Arbeitnehmer, Nachgiebigkeit gegenüber den Arbeitgebern. Gesunde Wirtschaft d. h. in den Augen dieser Leute: Subventionierung und weiteste finanzielle Unterstützung von

**Gewerkschaftliche
Winterarbeit ist
Werbearbeit
Unsere Forderung
muß immer heißen:
Hinein in den
Gesamt-Verband!**

Industrie und Groß-Landwirtschaft, im übrigen aber Drosselung aller sozialen Ausgaben und daneben noch einige Entrechtungen, wie die Kenderung des kommunalen Wahlrechts unter Hinweis auf den „verderblichen Einfluß der Parteipolitik“ auf die gemeindliche Selbstverwaltung. Die eigentliche Sensation aber bildete das erreaktionäre Referat des Professor Dr. Schmitt (Berlin), der eine deutliche Unterscheidung der staatlichen und der „staatsfreien“ Lebensphäre und Sachgebiete forderte. Wenn wir diese nicht für jeden Arbeitnehmer klare Ausdrucksweise verständlich machen sollen, so meint er: Erhebliche Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft, möglichster Beamtenabbau, möglichste Freiheit für die Privatunternehmungen, die zwar des staatlichen Schutzes bedürfen, aber sonst von keinerlei staatlicher oder sonstiger Kontrolle abhängig sind. Unsere Kollegen kennen die Weisen, kennen den Text, und sie kennen auch die Verfasser.

Inzwischen ist die Zahl der Arbeitslosen im November wieder um 156 000 auf 5 265 000 gestiegen. Wir sehen erneut bestätigt, daß die Belebungsveruche Papens nur von kürzester Dauer waren und daß das ungeheure Wirtschaftselend auch weiterhin anhält und uns einen harten, schweren Nötwinter bringen wird. Insbesondere sind zahlreiche Großstädte am Ende ihrer Finanzkraft, und es drohen schwere Finanzkatastrophen, falls nicht endlich Abhilfe geschaffen wird. Aber auch im gesamten öffentlichen Haushalt sieht die Sache außerordentlich trübe aus. Man rechnet mit einem Drei-Milliarden-Defizit, und zwar für das Reich mindestens 800 Millionen, für die Länder 400 bis 500 Millionen, und der Fehlbetrag bei den Selbstverwaltungs-

Angeichts aller dieser Vorgänge, die eine klare Klassenkampffront der besitzenden Schichten gegen das Volk bedeuten, sollte man meinen, daß jetzt alle freiheitlich gesinnten Menschen bereit sein müßten, eine Einheitsfront der Schaffenden und Arbeitslosen zu bilden mit dem klaren Ziel, den Feinden und Bedrückern des Volkes ein Paroli zu bieten. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Wien hat Otto Bauer in einem großzügigen Referat „Faschismus, Demokratie und Sozialismus“ in trefflicher Darstellung die Frage der Einheitsfront des Proletariats neu aufgerollt. Dabei hat er auch darauf hingewiesen, daß man mit parlamentarischen Mitteln allein die Demokratie nicht verteidigen kann, eine Erkenntnis, die insbesondere nach dem 20. Juli 1932 auch in der Deutschen Sozialdemokratie wieder rasche Fortschritte gemacht hat und sicher von dem weitaus überwiegenden Teil der Arbeitnehmer geteilt wird. Wir erlebten jetzt aber wieder aus Anlaß der Besetzung des Präsidiums im Freistaat Sachsen, daß die Kommunisten ihren eigenen Laden aufmachten, und so mit ihrer indirekten Hilfe nicht nur ein deutschnationaler Präsident, sondern ein ganzes Rechts-Präsidium gewählt worden ist. Es mag sein, daß die Leute um Thälmann von ihren „Prinzipien“ geleitet werden, aber die Auswirkung ist doch die Unterstützung der

Reaktion, statt eine Einheitsfront gegen Reaktion und Faschismus zu bilden.

Die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft hat für solche Vorgänge keinerlei Verständnis. Sie wird das wiederholte Zusammengehen der Kommunisten und Nazis — ob es sich nun um Parlamente handelt oder um politische Streiks wie bei der BCG — als eine schwere Hemmung im Freiheitskampf des Proletariats ansehen müssen. Wir brauchen nicht Einheitsfront-Manöver, sondern wir fordern eine klare Kampflinie gegen die gesamte vereinigte Präsidial-Reaktion. Der Kapitalismus ist zurzeit nicht in der Lage, die Verteilung von Nahrungsmitteln und sonstigem Bedarf vorzunehmen. Wir haben in Deutschland weit über den Bedarf hinaus Korn, Kartoffeln, Fleisch, Kohle, so daß bei sinnemäßer Verwendung jeder satt zu essen hätte. Der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe steht die Wohnungsnot der Massen gegenüber. Dieser ungeheure Zusammenbruch des kapitalistischen Systems kann weder durch nationalsozialistische Quacksalber, noch durch die deutschnationalen „Präsidial-Führer“ aufgehalten werden.

Eifriger denn je müssen wir unsere Werbearbeit fortsetzen, damit wir die Einheitsfront unserer Gewerkschaft kampfbereit machen. E. D.

Aus dem Referat des Genossen Löwe über Planwirtschaft

Auf unserer Verbandsbeiratsitzung hat am 19. November 1932 Genosse Prof. Dr. Löwe, Frankfurt a. M., einen Vortrag über Planwirtschaft gehalten, der allgemeinen Beifall ausgelöst hat. Wir beabsichtigen zwar, den Vortrag als Broschüre herauszubringen, andererseits erscheint es aber doch für die Aufklärung und Agitation zweckmäßig, schon jetzt den nachfolgenden Auszug aufmerksam zu lesen und interessierten Kollegen weiterzugeben. Die Redaktion.

Während sich seit langem die Arbeiterschaft, die für den Sozialismus eintritt, mit dem Gedanken der Planwirtschaft beschäftigt, erleben wir es gegenwärtig, daß breite Schichten gegen die „kapitalistische Unordnung“ wettern, und zwar Leute, die sehr lange Nutznießer der planlosen Wirtschaft gewesen sind. Wir müssen uns daher hüten, in das Lager dieser Nichtwisser und Quacksalber zu geraten. Bringen wir uns in Erinnerung, daß die Kritik der Arbeiterbewegung ansetzt am Privateigentum der Produktionsmittel und am Profitstreben. Von ihr führt der Weg zur Kritik am Kapitalismus selbst. Denn der Kapitalismus ist nicht nur das Grundübel der Wirtschaftsordnung, sondern auch der gesamten Kultur. Er bedeutet nicht eine Gemeinschaft der Gleichen, sondern Herrschaft der Wenigen: Die Diktatur der Privatinteressen. Es ist eine Wirtschaftsordnung, die nicht voraussetzt, sondern der Privatwirtschaft dient nach den Worten der Bibel: „Wer hat, dem wird gegeben!“

Trotz aller technischen Wunder bedroht nun der Kapitalismus die ganze Menschheit. Wir haben in allen kapitalistischen Ländern gegenwärtig wohl über 35 Millionen Arbeitslose. Aber nur ein Teil von ihnen tritt als kämpferische Kritiker und Sozialisten auf. So ist das kapitalistische System zwar gerichtet, aber daß es gebrochen ist, können wir heute noch nicht sagen. Im Gegenteil, es erweist eine so große Widerstandskraft, daß es zu einem erfolgreichen Gegenschlag gegen die Arbeiterbewegung ausholen konnte. Daher stehen wir vor der Pflicht einer ernstlichen Selbstprüfung, nach einer zunächst verlorenen Schlacht

Kritik des Kapitalismus.

Unsere Gegner sagen: Der Kapitalismus ist vor 150 Jahren als Freund der Unterdrückten gekommen. Er hat uns die staatsbürgerliche und persönliche Freiheit gebracht heute im Zeitalter des offenen und versteckten Faschismus verstehen wir allerdings diese staatsbürgerliche und persönliche Freiheit zu schätzen. Man sagt weiter: Der Kapitalismus hat uns die Freizügigkeit, die freie Berufswahl und den freien Markt gebracht. Aber wir wissen heute, daß diese Freiheiten in der Hauptsache doch nur den Besitzenden zugute kommen. Und man muß sich eigentlich wundern, warum im kapitalistischen System nicht dauernd Krise ist; denn die Konkurrenz einerseits und das Profitstreben andererseits bedingen keinerlei Regelung und Plan. Zu Beginn des Kapitalismus wurde behauptet, daß die Konkurrenz bei hinreichender Freiheit vom staatlichen Zwang zu einer gerechten Verteilung des Profits

führe und am Ende stehe eine „Harmonie aller Gesellschaftsschichten“. Das war und ist die kapitalistische Theorie. Aber sie stimmt nicht mit den Tatsachen überein. In Wirklichkeit entwickelt sich der Kapitalismus auf dem düsteren Hintergrund der Krisen und des Klassenkampfes. In der großen Weltwirtschaftskrise tritt dieser Zwiespalt einer Lehre von der Harmonie der Interessen mit der Wirklichkeit immer stärker in Erscheinung.

Die ersten Verkünder der Interessensharmonie im Kapitalismus wollten freilich nicht nur Freiheit, sondern auch Eigentum für alle. Damals im Beginn des kapitalistischen Zeitalters verfügten noch große Massen über Eigentum und im Handwerk auch über die Produktion. Die kapitalistische Wirklichkeit von heute hat diese Voraussetzungen gerade aufgehoben. Als Erbe des feudalen Zeitalters hat er Klassen spaltung und Massenarmut nicht beseitigt, sondern verschärft. Wohl hat der Kapitalismus die Sklaverei beseitigt, aber die eisernen Sklaven (Maschinen) sind nun die Antreiber der arbeitenden Massen. So ist der Kapitalismus sozusagen „unprogrammatisch“ verlaufen, und das Ergebnis sind die Erschütterungen: die periodische Krise, wie wir sie in der Gegenwart erleben als das groteske Schauspiel.

daß wir aus Reichtum in einer Not ohnegleichen leben, daß wir hungern, weil zuviel da ist.

Vor 150 Jahren hat der Unternehmer nach Freiheit gerufen, weil sie den Tüchtigen prämiere und die technische Energie anstache. Heute ruft er nach Staatshilfe und Zollschutz. Durch Monopole, Kartelle und Truste suchen sich die Kapitalisten vor der Konkurrenz zu schützen. Die Kartelle sichern sich ihren Gewinn, indem sie künstlich weniger produzieren und den Preis in die Höhe treiben. Das ist Gewinn ohne Leistungen! Unter Erschlaffung der technischen Energie! Mancher hat gesagt, die Kartelle haben die Krise verhindert. Umgekehrt ist es richtig. Eine kleine Schicht hat sich eine Rente gesichert, und die Unsicherheit ist Massenerscheinung in dem herrlichen Wohlfahrtsstaat der Unternehmer, da man Subventionen erhält, Banken stützt und Milliarden für die Großagrarier verwendet.

Aber kann man nicht zurück zum Liberalismus? Das hieße Rückkehr aus der entwickelten Technik zum Handwerk. Die moderne Großproduktion ist der freien Konkurrenz nicht mehr gewachsen. Wie schon Marx sagte: „Die freie Wirtschaft hebt sich selber auf.“ Es muß zur Produktion im Gemeineigentum kommen durch die sozialistische Gesellschaft.

Unsere bisherige Taktik zur Ueberwindung des Kapitalismus.

Ursprünglich stellte man sich vor, daß wir in der sozialistischen Gesellschaft weder Warenmarkt, noch Privateigentum, noch freie Preisbildung brauchen. Am Tage nach der Revolution sollten Produktion und Verteilung nach einheitlichem Plan erfolgen, nicht durch Austausch der Waren, sondern durch Entscheidung der Zen-

trale und nach den Bedürfnissen der Konsumenten. Aber solche organisatorische Aufgabe übersteigt unsere bisherigen Kräfte in der Arbeiterbewegung. Und man fragt vor allem, wann kommt eigentlich der Moment, wo die Wirtschaft reif genug ist, um auf diese Weise sozialisiert zu werden. Diese Frage ist 1918 zu unserer Schicksalsfrage geworden.

Weswegen ist unser Angriff gescheitert?

Damals stellten uns die außenpolitischen und die ernährungs-politischen Fragen vor außerordentliche Schwierigkeiten. Aber die eigentliche Hemmung der Sozialisierung war die unentwickelte Organisation der Wirtschaft. 1918 zeigte uns, daß die Totalsozialisierung politisch und ökonomisch nicht möglich war.

Der Redner erläuterte dann ausführlich die Fragen aus dieser Zeit: Kohlewirtschaft, Syndikate Einfluß der Arbeiterschaft, und die Frage: Wenn wir nicht das Ganze sozialisieren können, sollen wir dann mit Teilsozialisierung beginnen?

Neue Wege zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft.

Seit Jahren haben wir besonders in den Gewerkschaften den Gedanken der Wirtschaftsdemokratie vertreten mit dem Hintergrund der Planung der Wirtschaft, wohlgerichtet im kapitalistischen System selber! Wir haben aber auch sonst staatliche Eingriffe weitgehendster Art vorgenommen im Arbeiterschutz, in der Selbstverwaltung, durch Sozialversicherung durch unsere Gewerkschaftspolitik, besonders in der Sozialgesetzgebung, den Tarifverträgen usw. Wir haben die gemeinwirtschaftliche Kontrolle gefordert, Kartellgerichte und vieles andere. Alles das liegt auf dem Wege einer kapitalistischen Planwirtschaft.

Die von uns selbstgeschaffenen Einrichtungen, wie Arbeiterbank, Konsumgenossenschaften usw. haben zwar gute Leistungen aufzuweisen, aber gemessen am Gesamtkapitalismus ist das doch nur ein kleiner Ausschnitt. Auch auf dem Gebiet der „kalten Sozialisierung“ hat der Staat Ausgezeichnetes geleistet. Z. B. leitet der preussische Staat große Teile des Bergbaues, der Elektrowirtschaft usw. Die preussischen Staatsunternehmungen haben sich als recht krisenfest gezeigt. Ebenso ist in der Wohnungswirtschaft der Gemeinden Erstaunliches geleistet worden.

Der Staat hat also Erfolge als Unternehmer, aber Mißerfolge als Planwirtschaftler zu verzeichnen. Der deutsche Arbeiter muß seine ursprüngliche Staatsbegeisterung zügeln. Er soll nicht denken, der Staat sei stets eine neutrale Instanz. Das ist er nicht in der klassengespaltenen Gesellschaft. Wenn der Staat etwas befehlt, ist das noch kein Grund zur Begeisterung. Erst wenn ich weiß,

wer den Staat befehlt,

kann ich beurteilen, ob ein Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus erreicht ist. Das Problem ist die „Vergesellschaftung“, d. h. die Verstaatlichung durch einen wirklich demokratischen Staat. Das können wir in diesen Tagen besonders klar erkennen bei der Beamtenbesetzung in Preußen oder auch bei der Verwendung der Wohlfahrtsgelder für die Osthilfe. Das Ganze nennt sich dann autoritärer Staat, und das angebliche Ziel ist die Krisenfestigkeit. Aber dieser Staatskapitalismus ist die größte Hemmung zur Überwindung der Krise. Man läßt künstlich leben, was zum Verfall bestimmt ist.

Der Mißerfolg einer „Lenkung“ des Kapitalismus ist in fast allen Ländern sehr groß. So in England trotz Haltung der Löhne seit zwölf Jahren. In Amerika, wo man eine Konsumfinanzierung vorgenommen hat und die Kaufkrafttheorie jahrelang eine entscheidende Rolle spielte. Es gelang weder in Deutschland noch in den anderen westlichen Ländern, die Schäden des Kapitalismus auszumerzen und den Sozialismus langsam in den Staat einzubauen.

Aus diesen Erfahrungen gilt es zu lernen. Wir müssen aufhören mit der Auseinanderreißung von Sozialisierung und Planung. Es gibt nur einen Weg: Zunächst den Teil zu sozialisieren, der dazu reif ist, und damit eine Planwirtschaft durchzuführen. Das ist heute ökonomisch jede Stunde möglich. Ob auch politisch, hängt von den Bundesgenossen ab, die wir im Kampfe finden. Großlandwirtschaft, Großindustrie und Großfinanz sind heute unsere eigentlichen Gegner, sie sind aber auch Gegner für den Mittelstand, der in dieser Krise politisch erwacht ist, treulich ohne bisher sein wahres Interesse zu erkennen.

Der Redner entwarf dann ein Bild der sozialistischen Planwirt-

schaft, insbesondere auch über die Kraft- und Verkehrswirtschaft, Chemie, Maschinenbau und Großbauernwirtschaft.

Man mag denken über Einzelheiten in der Planwirtschaft wie man will. Aber das Ziel ist, mit planwirtschaftlichen Mitteln zu verhindern, daß neue Krisenherde entstehen. Vorbedingung dafür sind zentrale Kreditlenkung und Investierung durch die Gemeinschaftsorgane des Staates. Starke Krisengefahren liegen im technischen Fortschritt. Sie müssen bekämpft werden durch Investitionskontrolle. Zum Zwecke der Bedarfsplanung tritt hierzu eine starke Sozialpolitik in Verbindung mit gerechter Steuerpolitik. Dabei ist zwar die Marktwirtschaft noch nicht aufgehoben, aber die Gefahr des freien Marktes überwunden. Andererseits ist ohne Aufhebung des privaten Großkapitalismus keine Marktplanung durchzuführen.

Wir können das häuerliche Eigentum ruhig erhalten. Dieses ist kein Kapital, sondern Arbeitseigentum. Dagegen muß das Kapitaleigentum der großen Werke, Banken usw. als Gemeineigentum erklärt werden. Gewiß ist die sozialistische Marktplanwirtschaft nicht das Paradies auf Erden. Es wird auch hier Auseinandersetzungen einzelner Gruppen geben, aber die Schäden des Kapitalismus werden aufgehoben. Es gibt keinen Streit mehr um das Eigentum, da Wirtschaft und Staatsordnung zusammengehören und die Einzelinteressen gleichgeschaltet werden.

Nach dem Vorbezeichneten kann man mit allem einverstanden sein, was im Wirtschaftsprogramm des ADGB als Zukunftsbild enthalten ist: Aber es bleibt noch die Frage zu erörtern: Wie kommen wir dahin? Wie kann das Wirtschaftsprogramm durchgeführt werden? Bedingung für jede Planung ist die Umwälzung des kapitalistischen Eigentums, die Aufhebung der Fron der Arbeiter, Bauern und der kleinen Mittelständler. Mit einem solchen Programm können wir auch dem nationalen Sehnen der Jugend sagen, nicht durch Kriege und patriotische Phrasen entstehen und erhalten sich die Nationen, sondern durch innere Umstellung auf politische und wirtschaftliche Demokratie. Die Entscheidung zur Marktplanwirtschaft ist keine Entscheidung über Evolution oder Revolution. Das liegt nicht in unserer Hand, sondern hängt von unseren Gegnern ab. Der Gegner hat die Kampffront aufgestellt. Es gibt keine Verbindung mit ihm, jedenfalls nicht für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Sie ist heute das eigentliche Kraftelement, wo das Parlament immer ohnmächtiger wird. Aber die Gewerkschaften können sich nicht als wirtschaftliche Organisationen allein betätigen. Diese Zeiten sind vorbei. Es gibt keine Deröhnungspolitik der Präsidialregierung mit der Arbeiterschaft. Die freien Gewerkschaften werden das Erstgeburtsrecht im Kampf um die wahre Demokratie nicht verschachern gegen das Einsengericht ihrer Anerkennung in einem faschistischen Korporationssystem. Die Gewerkschaften werden sich vielmehr an die Spitze der antikapitalistischen Front stellen für wahre Demokratie und praktischen Sozialismus Freiheit!

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Eine neue Verfassungsklage hat der Preussische Staatsrat beschlossen. Der Präsident Adenauer wurde beauftragt, zur Klärstellung der Verfassungstreigkeiten zwischen Preußen und Reich die Klage vor dem Staatsgerichtshof einzuleiten.

Zwölf sozialdemokratische Zeitungen wurden in Rheinland-Westfalen von dem Preußenkommissar Bracht auf fünf Tage verboten, weil sich Bracht persönlich beleidigt fühlte in einem Artikel, der die Hauptmann-Ehrung durch Bracht kritisierte.

Der Reichsrundfunkkommissar Scholz ist am 23. November zurückgetreten.

Drei nationalsozialistischen Studenten wurde aus Gründen der Hochschuldiziplin durch den Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig trotz gegenteiliger Verfügung des Nazi-ministers Klagges das Betreten der Hochschule verboten.

Eine Deutsch-Sozialistische Partei wurde am 19. November auf einer Tagung in Hannover durch die nationalsozialistische Opposition gegründet.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Zeit vom 1. bis 15. November um 156 000 Personen auf 5 265 000 gestiegen.

Die schwedische Arbeiterregierung hat für das Jahr 1933 das Militärbudget um 20 Millionen Kronen gekürzt.

Regiebetrieb und Handwerkertum

Als Regie bezeichnet man die öffentliche Verwaltung, wenn sie als Unternehmerin auftritt. Man unterscheidet demgemäß staatliche und kommunale Regiebetriebe. Teilweise sind sie entstanden, weil der Privatkapitalismus zuviel Angst vor finanziellem Risiko hatte und nicht genügend Profitmöglichkeiten sah. Andererseits entstanden die Regiebetriebe, um einer monopolistischen Ausbeutung der Allgemeinheit vorzubeugen. Die Regiebetriebe erfüllen darum in erster Linie gemeinnützige und kulturelle Aufgaben. „Dienst am Kunden“ ist hier kein Reklamewort, sondern beste Wirklichkeit. Der Gewinn kommt erst an zweiter Stelle und wird dann noch für öffentliche Einrichtungen, für Zwecke der Allgemeinheit, abgeführt. Im Jahre 1926 betrug diese Gewinnablieferung 530 Millionen Mark!

Die Regiebetriebe haben von jeher einen schweren Stand gehabt. Ihre Arbeitsgebiete sind nur zum geringen Teil ertragreich. An Theatern, Museen, Bibliotheken, Leihhäusern, Feuerwehr und so weiter ist nichts zu verdienen. Im Interesse der Allgemeinheit müssen sie aber vorhanden sein. Die eigentlichen Ueberfußbetriebe, die Wasserwerke, die Gaswerke, die Elektrizitätswerke und zum Teil die Straßenbahnen sind aber von vornherein mit vielen sozialen Rücksichten belastet. Zunächst erwartet die Arbeiterschaft bessere Arbeitsbedingungen als sie in Privatbetrieben üblich sind. Zur Deckung der gewaltigen Gemeindegeldausgaben, vor allem der Wohlfahrtslasten, müssen sie den letzten Blutstropfen an Gewinn opfern. Sodann steht die ganze kommunale Betriebsführung immer unter den gemeinnützigen Gesichtspunkten einer Förderung des Handels und der Industrie, einer Hebung des Verkehrs, Besserung der Siedlungsverhältnisse, Stärkung der Steuerkraft. Gewinnchancen werden dadurch nicht bloß gehemmt, sondern auch vernichtet. Aus Ueberfußbetrieben entstehen leicht Zuschußbetriebe. Daß die Regiebetriebe unter diesen Umständen von einzelnen Steuern befreit sind, ist wohl eine selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit.

Unter dem Druck der schweren Verhältnisse haben die Regiebetriebe in den letzten Jahren auch Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt. Die Verwaltungsorganisation erfuhr eine Vereinfachung, neue Arbeitsmethoden und bessere Technik kamen zur Geltung, teure Submissionsarbeiten wurden ausgeschaltet und von eigenen, Lohnarbeitenden Handwerkern ausgeführt. Die Regiebetriebe taten also nichts anderes, als was alle privatkapitalistischen Großbetriebe schon dauernd vorgemacht hatten.

Dieser Rationalisierungsvorgang rief aber das Handwerkertum auf die Wirtschaftsbühne. Weil der Regiebetrieb notwendigerweise handwerkliche Arbeiten mit eigenen Kräften durchführte, weil er außerdem sogar vereinzelt Kleinverkaufsstellen für Gasapparate und elektrische Einrichtungen aufbaute, zog er sich eine harte Feindschaft des Kleinunternehmertums zu. Die Handwerker sahen sich nun plötzlich geschädigt. In ihren Zeitschriften und Innungen hagelte es Proteste gegen den „kommunalen Todfeind“ und die „Experimente der öffentlichen Hand“. Auf dem Umwege über die Mittelstands-Wirtschafts-Partei brachten die Handwerker 1931 im Sächsischen Landtage folgenden Antrag ein:

„Gemeinden und öffentliche Körperschaften sind anzuweisen, einen planmäßigen Abbau eigener Regieunternehmungen bis zu ihrer völligen Beseitigung vorzunehmen.“
 „Den Gemeinden und öffentlichen Körperschaften, welche planmäßig die Steuerkraft ihrer ortsanfässigen gewerblichen Unternehmungen schädigen, und solchen Gemeinden, welche öffentliche Zuschüsse zur Unterhaltung ihrer eigenen Regieunternehmungen aufwenden, sind mit sofortiger Wirkung alle Unterstützungen aus staatlichen Geldmitteln, soweit nicht ein Rechtsanspruch darauf besteht, zu sperren bzw. sind sie für die Zukunft zu unterlassen.“

Die Verwirklichung dieses unerhörten Antrages hätte also nichts anderes bedeutet als die restlose Vernichtung aller zuschußbedürftigen Regiebetriebe und die Auslieferung der rentablen Kommunalunternehmungen an die Privatwirtschaft. Da von 1924 bis 1930 in allen deutschen Regiebetrieben 18 430 000 000 Mark investiert wurden, kann man ermessen, welch fetter Happen hier vom Privatkapitalismus verschluckt worden wäre. Der Antrag wurde aber glücklicherweise einer Kommission überwiesen. Dies zwang dann später die sächsische Regierung zu der Erklärung, die Gemeinden sollten bei der Vergabe von Aufträgen nicht dem billigsten Anbieter den Zuschlag erteilen. Auch sollten die Gemeinden von der Einrichtung eigener Werkstätten für Erwerbslose Abstand nehmen.

Mehr Erfolg hatten die kurzsichtigen Handwerker in Thüringen. Die Naziregierung erließ hier die einseitige Verfügung, daß alle werbenden Betriebe der Kreise und Gemeinden, welche unrentabel seien, aufgelöst werden sollen. Die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Regiebetriebe wurde für genehmigungspflichtig erklärt. Die Verfügung erklärte weiter:

„Von dieser Anordnung werden vor allem die rein gewerblichen Betriebe aller Art betroffen. Sie gilt weiter für Bau- und Wirtschaftshilfe und ähnliche Einrichtungen, die laufend einen höheren Aufwand erfordern, als wenn ihre Aufgaben im Wege der allgemeinen Verbindung oder durch Auftragserteilung von Fall zu Fall von der freien Wirtschaft wahrgenommen würden. Inwieweit die Anordnung auch auf gemeinnützige Betriebe anzuwenden ist, hängt von sorgfältiger Prüfung der Lebensnotwendigkeit und Lebensfähigkeit ab. Auch Krankenhäuser, Bewahr- und Pflegeanstalten, deren Einnahmen häufig geringer sind als die Ausgaben, werden unter Umständen geschlossen werden müssen.“

Parallel mit diesen Mordversuchen an den Regiebetrieben laufen die Bestrebungen, die gemeinnützigen Unternehmungen einer höheren Besteuerung zu unterwerfen. Das Drängen rechtsstehender Parteien erzielte in dieser Hinsicht auch schon geringe Erfolge. In den Notverordnungen vom 1. Dezember 1930 und vom 6. Oktober 1931 wurde eine Ueberprüfungspflicht für die größeren öffentlichen Wirtschaftsbetriebe angeordnet. Die Prüfergebnisse sollen wahrscheinlich für eine spätere Besteuerung Material liefern.

Alle diese unerhörten Forderungen und gefährlichen Teilergebnisse des mittelständischen Kampfes gegen die Regiebetriebe begründete man mit der Not des Handwerks. Ja, man wagt zu behaupten, durch die Regiebetriebe wäre erst diese Krise im Handwerkertum entstanden. Weil die Regiebetriebe es für wirtschaftlicher erachten, eigene Handwerker zu besitzen, führen sie den Untergang des freien Handwerkertums herbei.

Daß das Handwerk in vielen Betriebszweigen dem Verbluten nahe ist, wollen wir anerkennen. Daran ist aber kein Regiebetrieb schuld. Nur Kurzsichtige, Böswillige, Verblendete können derartiges behaupten. Schuldig sind: kapitalistische Entwicklung, Technik und Mißstände im Handwerk selbst. Der moderne Kapitalismus zerriß das Zunftwesen. Größeres Privatkapital, ausgebreitete Arbeitsteilung, Massenarbeit, Maschinentechnik und Massenproduktion formten den modernen Großbetrieb. Dieser saugte zahlreiche handwerkliche Arbeitsgebiete auf. Aus selbständigen Unternehmern wurden abhängige Lohnarbeiter. Das sonst übrig gebliebene Handwerk ist nur noch ein Hilfsgewerbe der Fabriken, ein Handlanger des Großkapitals. Der einzelne Handwerker hat nur noch die Bedeutung eines Monteurs oder Reparaturs. Äußerlich sieht er zwar noch selbständig aus. Innerlich ist er aber vom großkapitalistischen Lieferanten und Produzenten vollkommen abhängig, manchmal auch vom großkapitalistischen Auftraggeber oder Konsumenten. Der Kapitalismus beherrscht das Schicksal des Handwerkers.

Besehen wir uns die Lage des Schmiedes. In den Mittel- und Großstädten hat die Zahl der Pferde rapid abgenommen. In den Kleinstädten und Dörfern ist es weniger schlimm. Aber auch hier macht sich die Mechanisierung der Landwirtschaft bemerkbar. Wohl haben viele Schmiedehandwerker schon seit Jahren vorausgesehen, daß die neuzeitliche Entwicklung des Kraftfahrzeuges viele Berufsgefahren bringen würde. Die örtlichen wie auch die größeren Fachorganisationen haben darum durch Wort und Tat versucht, die hierfür geeigneten Betriebe auf Auto- und Landmaschinen-Reparatur umzustellen. Alle diese Bemühungen konnten aber nur einen Teilerfolg haben. Das eine Mal ist es das Alter des jetzigen Schmiedehandwerkers, das andere Mal die Unmöglichkeit des Fernbleibens vom Betrieb für längere Zeit zum Besuch der unbedingt erforderlichen Ausbildungskurse, der Mangel jeglicher finanzieller Mittel und zuletzt auch noch die Gefahren einer Uebersehung des Kraftfahrzeugreparaturwesens. Haben doch hier viele tüchtige Industrie-Facharbeiter neue Existenzmöglichkeiten gefunden. Von den Schmiedehandwerkern stehen aber damit Tausende mit ihren Familien und Hilfskräften nach einem Leben ungeheuerster körperlich-geistiger Anstrengung vor dem Nichts.

Anderer tausende Kleinbetriebe leben von der Herstellung der Rasiermesser und Rasierklingen. Kürzlich beabsichtigten die Deutschen Edelstahlwerke, die dem Ruhrtrübs der Vereinigten Stahlwerke A.-G., angeschlossen sind, eine Massenproduktion in Rasierklingen aufzunehmen. Zur Verfügung steht eine neu-

konstruierte Maschine, die in der Minute etwa 150 bis 200 Rasierklingen fertigstellt. Allein eine einzelne Maschine brächte es demnach auf eine Jahresproduktion von Dutzenden Millionen Rasierklingen. Damit wäre für die bisherigen Kleinbetriebe keine Existenzmöglichkeit mehr vorhanden. Früher oder später werden tausende dieser Handwerker durch Privatkapitalismus zu Tode konkurriert und einem rasserinen Proletariatschicksal ausgeliefert werden, denn die Aufstellung dieser Maschine ist doch nur aufgehoben, aber nicht aufgehoben.

Diese Beispiele könnte man endlos vermehren. Hinzu kommen die sonstigen volks- und weltwirtschaftlichen Tatsachen. Die planlose privatkapitalistische Verwertung des Leihkapitals hat das Baugewerbe und ihre Nebenzweige von fast allen Arbeitsmöglichkeiten entblößt. Obwohl die Wohnungsnot noch ungeheuer groß ist, obwohl genügend Baustoffe und Maschinen da sind, müssen hunderttausende Bauarbeiter aller Grade mit den Händen in den Hosentaschen müßig herumstehen. Natürlich benachteiligt dies auch die handwerklichen Berufsgruppen, die Maler, Tischler, Glaser, Heizungsmonteur, Installateure, Klempner, Schlosser, Elektriker. Würde aber das Handwerk die gewerkschaftlicherseits und sozialdemokratischerseits gestellte Forderung nach einem Neubau von jährlich 300 000 Kleinwohnungen unterstützen, dann hätten nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Selbstständige neue Einkommensmöglichkeiten.

Im Nahrungsmittelgewerbe liegen die Dinge nicht anders. Die Brotfabriken nehmen an Leistungsfähigkeit und Filialen zu. Sodann leiden besonders Bäcker und Fleischer unter dem unerhörten Rückgang der Kaufkraft. Preisdruck und erhöhter Wettbewerb um die Kundschaft sind die Folgen. Während Fleischer und Bäcker noch einen gewissen Mindestabsatz behalten, werden die Feinbäcker, die Konditoren, am stärksten betroffen. Rückwirkungen auf Müller und Landwirtschaft sind unvermeidlich.

Aehnliche Erscheinungen sieht man im Bekleidungs-gewerbe. Der Schwund der Kaufkraft wirkt hier geradezu vernichtend. Maßanzüge und Maßschuhe sind heute für den Werk-tätigen ein unerlaubter Luxus. Wenn etwas gekauft wird, kommt nur das billige Fabrikerzeugnis in Frage. Man erwirbt es im Konfektionshaus, welches durch die Kleiderfabrik billig beliefert wird. Für die Schneider bedeutet dies Mangel an Aufträgen, vergrößerte Gefahr der Proletarisierung.

Gleichartig steht es um das Schu-ma-c-h-e-r-h-a-n-d-w-e-r-k. Der Schuhmacher hat sich schon daran gewöhnt, daß ihm die Schuhfabrik mit der Massenherstellung und dem Verkauf der Massenprodukte in eigenen Läden die frühere Maßarbeit abgenommen hat. Der Großstadtmensch geht in den Schuhladen, wo tausende Paar Schuhe aufgestapelt sind und er die größte Auswahl hat. In jüngster Zeit wird selbst das Reparaturgewerbe vom Großbetrieb bedroht. Sehr häufig findet man in Großstädten mechanische Schnellsohlereien, die pro Betrieb täglich bis zu 200 Paar Schuhe sohlen können. Die unmechanischen Schuhmacher können aber stempeln gehen. Daran ist kein Regiebetrieb schuld!

Genau so schlimm ist es bei den Kunsthandwerkern, den Zeichnern, Bildhauern, Malern, Photographen, Goldschmieden, Uhrmachern. Da man ja heute kaum genügend Geld fürs tägliche Brot hat, begehrt niemand künstlerische oder luxuriöse Produkte mehr. Verhängend wirken die internationalen Zollmauern und die starke Ueberfegung mancher Handwerkszweige. Laut amtlicher Feststellung des handwerklichen Enqueteausschusses ist im Schuhmacherhandwerk die Hälfte der heute vorhandenen Betriebe ausreichend, um den normalen Auftragsbestand zu bewältigen. Aber trotzdem machen sich noch viele arbeitslose Gesellen selbständig und vergrößern die Not durch billigere Angebote. Sodann engen Schwarzarbeit, Puscharbeit und skrupellose Preisunterbietungen oft den Lebensraum des Handwerks ein. Viele können darum von den Arbeitsaufträgen nicht mehr leben und sind nebenbei Inhaber kleiner Ladengeschäfte.

Im Jahre 1926 existierten in Deutschland insgesamt 1 307 867 Handwerksbetriebe. Darin waren tätig 1 320 515 Inhaber mit 1 517 047 Gesellen, Hilfsarbeitern, 766 666 Lehrlingen und 109 325 Angestellten, also insgesamt 3 715 553 Personen. Diese Zahl täuscht eine gewaltige wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks vor. Man darf aber nicht vergessen, daß sich heute jeder, der die äußere und innere Kraft dazu hat, einen Gewerbeschein holen kann. Für viele Arbeitslose, die tüchtige Qualitätsarbeiter sind, ist dies der einzige Rettungsanker. Die Neugebäckenen rechnen sich dann auch stolz zum Mittelstand und stimmen mit ein in das Klagegedicht, daß der Regiebetrieb sie ruiniere. In Wirklichkeit sind diese Handwerker aber nur eine proletarisierte Volksgruppe. Die Statistik

beweist noch weiter unsere Behauptung. Von den 1 307 867 Handwerksbetrieben haben 62,8 Proz. überhaupt keinen einzigen Gesellen beschäftigt, 21,8 Proz. nur einen Arbeitnehmer, 12 Proz. zwei bis fünf Gesellen, 1,9 Proz. sechs bis zehn Gesellen. Ueber „größeres“ Kapital verfügen also nur rund 25 000 Betriebe. Mehr als 1 280 000 Betriebe sind Kleinunternehmer, verselbständigte Gelegenheitsarbeiter, verkappte Lohnproleten.

Bei allen diesen Vorgängen spielen die Regiebetriebe also eine ganz nebensächliche Rolle. Das Lebenselement des Handwerks ist die private kapitalistische Wirtschaft. Von dieser ist das Handwerkertum in der Selbständigkeit verlegt und in die Wirtschaftskrise hineingezogen worden.

Nehmen wir nun einmal an, die irrsinnige Forderung einiger Handwerkskreise auf Zerschlagung der Regiebetriebe würde erfüllt. Einige kleine Interessengruppen hätten dann gewiß etwas größere Arbeitsmöglichkeiten. Die Mehrheit des Handwerkertums bliebe aber im alten Elend stecken. Da sie ja auch einen Teil der Allgemeinheit bildet, würde sie im gleichen Maße wie diese geschädigt. Wichtige kommunale Leistungen fielen fort. Die Steuerlasten würden durch den Ausfall der Regiebetriebsein-nahmen ins Unerträgliche steigen, die Allgemeinheit und besonders das Handwerk doppelt belasten. Einzelne Unternehmungen würden aber von der Privatindustrie erobert werden. Die Privatkapitalisten würden ihr Monopol reiflos ausnützen. Nicht nur in bezug auf Preisgestaltung, sondern auch hinsichtlich handwerklicher Arbeiten. Sie würden unter keinen Umständen Aufträge an freie Handwerker vergeben, wenn sich durch Lohnarbeiter ein billigeres Resultat erzielen ließe. Der kommunale Regiebetrieb läßt aber oft genug soziale Rücksichten gelten.

Bei alledem denken die Handwerker auch gar nicht an das

Schicksal der hunderttausende Gemeindearbeiter.

Zweifelloso würde ein großer Teil von ihnen einem hoffnungslosen Arbeitslosendasein ausgeliefert.

Höchst verwunderlich ist, daß das Handwerk gar nicht gegen den richtigen Feind, den Privatkapitalismus, kämpft. Auch hört man kaum etwas von dem Kampf gegen die Kartelle. Deren Preispolitik und Wirkungskreis erstreckt sich doch auf alle Warengattungen, reicht vom Urstoff bis zum letzten Händler. Daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit des Handwerks schlimmer gedrosselt wird als es der größte Regiebetrieb zu tun vermag, das übersehen die Handwerker in ihrem blinden Kampfeifer.

Das Handwerk kämpft also heute in einer ganz falschen Richtung, die ungeheure Schäden heraufbeschwört. Anstatt den Kapitalismus anzuklagen, der durch seine Aufhäufung von Mehrwertmassen, durch die Konzentration der Produktionsmittel in einigen wenigen Händen das Handwerk immer mehr knechtet und einengt, anstatt mit den Gewerkschaften für eine lebensvolle Planwirtschaft einzutreten, stellen sie sich in eine Linie mit ihrem großkapitalistischen Todfeind. Nie und nimmer dürfen für das Wohl einer Schicht von Kleinunternehmern die nackten Lebensinteressen zehntausender Gemeindearbeiter hingegeben werden.

Die Regiebetriebe sind also nicht an der Not des Handwerks schuld. Nur ganz vereinzelte Kräfte fühlen sich dadurch getroffen. Durch deren Geschei darf sich weder die Arbeiterschaft noch der Staat beeinflussen lassen. Besserung bringt dem ganzen Handwerk nur eine großzügige Arbeitsbeschaffung, eine Erhaltung der Regiebetriebe auf Grund ihrer gemeinnützigen Leistungen, eine auf Stärkung der Kaufkraft gerichtete Wirtschaftspolitik. Außerdem garantiert nur eine sozialisierte Schlüsselindustrie, eine sozialistische Planwirtschaft für die Möglichkeit großer Kaufkraft, also hoher Löhne, großen Konsums sowie billiger Rohstoffe für alle Handwerker. Gerade das Handwerkertum wäre eine der ersten Bevölkerungsschichten, welche aus den Verstaatlichungsplänen der Arbeiterschaft umfangreichen Nutzen ziehen würde. In diesem Sinne ist also zum Segen aller eine gute Lösung des Problems denkbar.

Sollte aber das Handwerk auf dem alten verkehrten Wege fortschreiten, dann muß es mit dem hartnäckigsten Widerstand der Arbeiterschaft rechnen. Besonders die Gewerkschaften werden einer Katastrophpolitik alle Schwierigkeiten bereiten. Durch

hundertprozentigen Zusammenschluß im Gesamt-Verband

sollten darum alle Gemeindearbeiter dafür sorgen, daß ihre Existenz gesichert, verbessert und gegen alle reaktionären Angriffe siegreich verteidigt werden kann.

Christian Silberhell

Gewerkschaftsfeindlichkeit schadet! — Kölner Zoo in Not!

Vor ungefähr einem halben Jahre erregte der Direktor des privatwirtschaftlich aufgebauten Kölner Zoos ein unangenehmes Aufsehen. Ohne einen Pfennig Entschädigung warf er jahrzehntelang im Zoo tätige Tierwärter einfach aufs Pflaster. Auf Kosten der Arbeiterschaft sollten nun die Fehler einer jahrelang betriebenen finanziellen Mißwirtschaft wiedergutmacht werden. Was aber besonders empörte, war die Tatsache, daß sich der Zoo-Direktor gerade die freigewerkschaftlich organisierten als Schlachtopfer aussuchte. Auch mit gewerkschaftlichen Vorhütungsverschlüssen wollte er nichts zu tun haben. Erst in längeren Gerichtsverhandlungen gelang es dem Gesamtverband, dem Zoo-Gewaltigen eine beträchtliche Summe für die geschädigten Kollegen abzutrotzen.

Trotzdem nun also der Zoo-Direktor die „alte Bande“ heraus hatte, ist bis heute noch immer keine Sanierung des Zoos erreicht. Seitdem der neue Zoo-Direktor die Gewerkschaftsbewegung so hart vor den Kopf gestoßen hat, ist ein großer Teil der Besuchermasse ausabgeblieben. Die Einnahmen aus Dauerkarten, die normalerweise 30 000 bis 50 000 Mk. jährlich betragen, im Jahre 1927 sogar 90 000 Mk., sind in diesem Jahre auf 11 000 Mk. gesunken! Die jetzigen Haupteinnahmen stammen von Besuchern aus fremden Städten. Die so-

genannten „billigen Sonntage“, an denen die arbeitende Bevölkerung Kölns meist immer den Zoo besuchte, weisen einen sehr schlechten Besuch auf. Ein gleichartiges Bild bieten die Zoo-Gaststätten. Früher führten sie aus Pacht- und Eintrittsgeldern an den Tiergarten einen ansehnlichen Betrag ab. Heute leiden die Gaststätten sehr unter der Besucherabwanderung, die vor allem durch die falsche sozialpolitische Haltung des Zoo-Leiters mit verursacht ist.

In dieser Not und drohenden Pleite sieht es der starke Zoo-Direktor nun sehr gerne, wenn die Allgemeinheit, vor allem die Kölner Kommune, helfend einspringt. Im letzten Jahr ermöglichte die Stadt Köln durch Uebernahme eines Teiles der Eintrittsgelder in Höhe von 4500 Mk. 18 000 Kölner Schulkindern einen billigen Zoobesuch. Ferner berechtigt jetzt zeitweise die Lösung eines Zoo-Eintrittscheines zu einer verbilligten Straßenbahnfahrt. Auf Kosten lebenswichtiger Kommunalbetriebe hält man also jetzt den Pleitegeier in seinem Käfig zurück.

Den Leitern ähnlicher, auf die arbeitenden Volksmassen angewiesener öffentlicher Unternehmungen und Institute möge dies eine Warnung sein. Im 20. Jahrhundert kommt man ohne die Sympathie der gewerkschaftlichen Massenorganisationen nicht mehr weiter. S.

Druck auf die Tränendrüsen

In den Kämpfen um den Lohnstandard der deutschen Arbeiter spielt der sogenannte gewerbliche Mittelstand mit die übelste Rolle. Obwohl seine Existenz weitgehend von einer hohen Lebenshaltung der Arbeiterschaft abhängig ist, weil nur bei einer solchen die Arbeiter als Konsumenten die notwendige Kaufkraft besitzen, haben gerade diese Kreise am lautesten nach dem Lohnabbau geschrien. Das Augenblicksinteresse, ein paar Groschen Lohn an den von ihnen selbst beschäftigten Arbeitskräften zu sparen, ließ sie ganz übersehen, daß ihre Haltung kurzfristig war und die Folgen ihrer Haltung sich gegen sie selber richten mußten. Nun sind die Löhne gekürzt, und sie haben an ihren Arbeitern auch ein paar Mark „gespart“. Aber die Bilanz stimmt nicht. Die Schrumpfung der Massenkaufkraft kostet sie weit mehr, als ihnen der Lohnabbau bei ihren eigenen Arbeitern einbringt. Das haben die Gewerkschaften zwar vorher gesagt, aber man hat es ihnen nicht geglaubt.

Wenn ein Gewerbe an hohen Löhnen interessiert ist, dann das Friseurgewerbe. Seine Arbeitsleistungen gehören nicht zu den unbedingt notwendigen Bedürfnissen des täglichen Lebens, und wenn man sie vielleicht auch nicht völlig entbehren kann, so kann man doch das Bedürfnis nach ihnen fast auf ein Minimum beschränken. Dazu war die Arbeiterschaft sowohl durch die Krise als auch durch den Lohnabbau gezwungen. Aber auch auf die Qualität der Leistungen konnte nicht mehr so viel Gewicht gelegt werden wie vordem. Soweit die Arbeiterschaft noch Bedürfnisse beim Friseur befriedigen kann, tritt die Billigkeit der Leistungen in den Vordergrund, und die Qualität, auf die vordem das größte Gewicht gelegt wurde, tritt zurück und spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.

Diese Dinge waren dem organisierten Friseurgehilfen längst geläufig. Schon vor mehr als vier Jahren war auf ihrem Verbandstag das Wort geprägt worden:

„Durch die Lohnfälle der deutschen Arbeiterschaft geht der Aufstieg des Friseurgewerbes.“

Die Friseurmeister jedoch predigten den Lohnabbau. Allmählich aber bekommen sie bei dieser Methode doch den Schnupfen. Die Enttäuschung über den Fehlschlag des Lohnabbauexperiments äußert sich verschieden. Auf einem Obermeisterstag der württembergischen Friseurinnungen verneinte Ende Oktober der Vorsitzende des württembergischen Meisterverbandes die Frage, ob neue Lohnverhandlungen stattgefunden hätten mit der folgenden Erklärung:

„Es sei auch nicht zu wünschen, Lohnänderungen heute vorzunehmen. Niedrigere Löhne fördern nur die Schmuckkonkurrenz und ziehen vor allem eine Senkung der Bedienungspreise nach sich. Um ein paar Mark Lohn-

verminderung tritt auf der anderen Seite eine Einnahmeverminderung ein, die das Vielfache der Lohnminderung beträgt.“

Diese aufdämmernde Erkenntnis ist aber durchaus noch vereinzelt. Im allgemeinen haben sich die Friseurmeister noch nicht zu einer Änderung ihrer Taktik entschließen können. Sie wollen am liebsten tariflos sein oder zum mindesten einen weiteren starken Lohnabbau. Die bayerischen Meister fordern jetzt einen Lohnabbau, durch den die Löhne für Ausgelernte noch unter den Stand von 1897 — also vor 35 Jahren — herabgedrückt werden sollen. Während die Friseurmeister so im Fahrwasser der schlimmsten Scharfmacher segeln, wenden sie sich jetzt in der Tagespresse an die Öffentlichkeit um Hilfe und in den Arbeiterzeitungen besonders an die Arbeiterschaft. Sie soll das „ehrliche Handwerk“ retten und den Meistern wieder auf die Beine helfen. Die Arbeiterschaft wird gebeten, den „reellen Geschäftsmann“ zu unterstützen und nicht „die zu billigeren Preisen arbeitende Schmuckkonkurrenz“; vor allem aber soll die Arbeiterschaft nicht die Schwarzarbeiter unterstützen. Die Hilfeschiere an die Arbeiterschaft werden von den sonst so Lohnabbauwütigen Kleinmeistern unterstützt durch einen starken Druck auf die Tränendrüsen, indem man in herzbrechender Weise über die chaotischen Zustände im Gewerbe jammert. Ganz vergessen wird aber von den Meistern, zu sagen, daß sie an der Entwicklung der Dinge keineswegs unschuldig sind. Ihre Methode des Lohnabbaus, und vor allen Dingen die seit vielen Jahrzehnten getriebene Lehrlingszüchterei sind die Hauptursachen der Zustände, gegen die jetzt die Meister die Hilfe der Arbeiterschaft anrufen.

Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, sich durch den Druck, der jetzt auf ihre Tränendrüsen ausgeübt wird, rühren zu lassen. Die Besserung der sicher nicht befriedigenden Verhältnisse im Friseurgewerbe kann nur über die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer erfolgen, weil dann allen Angehörigen des Gewerbes, und nicht nur den Meistern geholfen wird. Es ist daher viel wirksamer, den organisierten Friseurgehilfen und -gehilfen bei der Stärkung ihrer Reichsfachgruppe Friseure im Gesamt-Verband zu helfen, als dem gegenwärtig von den Friseurmeistern auf die Tränendrüsen der Arbeiterschaft ausgeübten Druck nachzugeben. Die Gelegenheit zu dieser Hilfe ist fast für jeden geboten. Sie erfordert keine besonderen Mühen und Ausgaben, und kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, insbesondere nicht die Mitglieder des Gesamtverbandes, sollten die Gelegenheit zu dieser Hilfe veräümen. K. L.

REICHS- UND STAATSARBEITER

Das braune Finanzamt

Unter diesem in das Dritte Reich weisenden Titel gibt die Betriebszelle der NSDAP. beim Finanzamt Wilmersdorf-Süd ein allmonatlich erscheinendes Mitteilungsblatt heraus, das in seinem Inhalt nichts anderes darstellt, als ein Konkurrenzunternehmen gegen die seit Jahren von der RGO. in ähnlicher Aufmachung erscheinenden Betriebszeitungen. Der Inhalt der Oktobernummer dieses „Braunen Finanzamtes“ ist zum Teil von so herzlicher und naiver Kühnheit, daß wir nicht versäumen wollen, die „revolutionären“ Pgs. aus dem Finanzamt Wilmersdorf-Süd einer breiteren Öffentlichkeit in Freiheit dressiert vorzuführen. In diesem Mitteilungsblatt beschäftigen sich die Pgs. mit einer Sitzung des Hauptbetriebsrats vom 26. September 1932 im Reichsfinanzministerium, an der auch Finanzminister Graf Schwerin v. Krosigk teilnahm. Selbstverständlich sind die Pgs. mit dem Ergebnis dieser Sitzung gar nicht zufrieden. Deshalb wird der Hauptbetriebsrat angegriffen und in einer längeren Abhandlung wird dargestellt, was die nationalsozialistische Betriebszelle in diesem Falle getan hätte. Wörtlich steht im Mitteilungsblatt die Rede, die gehalten werden sollte, wenn die Nazis Gelegenheit gehabt hätten, an dieser Sitzung teilzunehmen. Es genügt, hier den Schluß dieser „fulminanten“ Rede im Wortlaut wiederzugeben:

„Lassen Sie uns, Herr Minister, abschließend nochmals betonen, daß wir schon heute gegen jeden weiteren Abbau und ebenso gegen jede weitere Schaffts- bzw. Lohnsenkung der von uns betreuten Arbeitnehmererschaft, der Angestellten wie der Arbeiter, schärfsten Widerspruch erheben, und wir Ihnen zu unserem lebhaften Bedauern Ihrem Ministerium nur anheimstellen, den heute verkündeten Standpunkt in Kürze einer durchgreifenden Revision zu unterziehen, sollten wir anders nicht gezwungen sein, hiergegen in breiter Öffentlichkeit mit allen zulässigen Mitteln den schärfsten Kampf aufzunehmen.“

Großmäulig fügt das Mitteilungsblatt hinzu:

„So hätten wir die Konferenz verlassen, wobei wir noch bemerken möchten, daß vorstehende Protesterklärung nur zum kleineren Teil der eigentlichen Stimmung der Kollegenschaft entspricht.“

Der letzte Teil dieses Satzes ist reichlich dunkel. Es geht aus ihm nicht hervor, wie die Stimmung der Belegschaft im Finanzamt Wilmersdorf-Süd wirklich ist. Ist sie nationalsozialistisch, dann muß man sich geradezu wundern über die Feigheit dieser Nazizelle. Denn wenn sie Gelegenheit gehabt hätte, dem Finanzminister die Meinung und Stimmung der Belegschaft beizubringen, dann wollte sie doch die Rede halten lassen, die in ihrem „Mitteilungsblatt“ abgedruckt ist. Das Mitteilungsblatt sagt nun aber selbst, daß sie nicht der Stimmung der Kollegenschaft entspreche. Also ist die Kollegenschaft nicht nationalsozialistisch und das Mitteilungsblatt flunkert der Welt nur etwas vor.

Es scheint auch sonst im Braunen Finanzamt Wilmersdorf-Süd nicht alles so bestellt zu sein, wie man das nach außen hin darzustellen versucht, denn in dem gleichen Mitteilungsblatt, in dem von der revolutionären Tat, wenigstens theoretisch gesehen, berichtet wurde, ist auch ein Versammlungsbericht enthalten, wonach der Betriebswart und zuständige Amtsverwalter der Ortsgruppe Kaiserplatz der NSDAP., „Parteigenosse Bruchhoff“, über „Wesen und Ziele des Nationalsozialismus“ referierte. Nach dieser angeblich von größter Ueberzeugungskraft getragenen glühenden Werbung an alle Volksgenossen für die Schaffung des braunen Deutschlands ist nach Angabe des „Braunen Finanzamtes“ einer der anwesenden Volksgenossen der Millionenarmee Adolf Hitlers beigetreten, was allseitig lebhaft begrüßt wurde. So steht es wörtlich im „Braunen Finanzamt“.

In dieser Versammlung sprach dann auch noch der Zellenobmann, Pg. Dr. Kropf, über „Tarifrecht, Sozialversicherung und Gewerkschaften“. Diesem Kropf hat es besonders die Sozialpolitik des Marxismus angetan, die durch Adolf Hitler wieder einige Erneuerungen erfahren mußte.

Mit einem dreifachen „Sieg heil!“, in das — soweit es nach dem „Braunen Finanzamt“ bemerkt werden konnte — „verschiedene einstimmten“, wurde die Versammlung geschlossen. Die Belegschaft des Finanzamts Wilmersdorf-Süd ist damit zweifellos um eine Attraktion reicher. Vernünftig denkende Arbeiter, Angestellte und Beamte können aber unserer Meinung nach auf die Dauer unmöglich auf die Politik dieser braun angestrichenen Spießbürger hineinfallen. Alles, was heute für die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Reichs- und Staatsbetrieben an sozialen Errungenschaften vorhanden ist, ist das ausschließliche Verdienst der Gewerkschaften.

Von dieser braunen Pest sich wieder zu befreien und die Aufgaben der Gewerkschaften wieder klar zu erkennen, das ist die Pflicht jedes einzelnen. Mit leeren Phrasen und mit Reden, die man gehalten, wenn man die Gelegenheit dazu hätte, wird nicht das geringste gebessert.

Im übrigen sei den braunen Helden aus dem Finanzamt Wilmersdorf-Süd noch versichert, daß der Hauptbetriebsrat dem Reichsfinanzminister in viel wirkungsvolleren Worten die Not und das Elend der Arbeiter und Angestellten aus dem Bereich des Reichswehrministeriums zu Gemüte geführt hat, als das in der nichtgehaltenen Rede der Nazizelle zum Ausdruck kommt. D. St.

Der Bezirksbetriebsrat beim Kammergericht ist erstmalig zum 1. April 1931 gewählt worden. Er setzt sich aus vier Angestellten und einem Arbeiter zusammen. Zum geschäftsführenden Ausschuss gehören drei Mitglieder, und zwar der 1. und 2. Vorsitzende und der Schriftführer. Die Mitglieder des Ausschusses sind freigewerkschaftlich organisiert, die beiden Angestellten (1. Vorsitzender und Schriftführer) im Zentralverband der Angestellten, der Arbeiter (2. Vorsitzender) im Gesamtverband. Durch die Notverordnung ist auch die Amtstätigkeit des Bezirksbetriebsrats um ein Jahr, also bis zum 31. März 1933, verlängert worden. Der Kammergerichtsbezirk erstreckt sich auf etwa 150 Justizdienststellen in Berlin und der Provinz Brandenburg mit einer Gesamtbelegschaft von etwa 4317 Wahlberechtigten (3435 Angestellte und 882 Arbeiter). Vollen Erfolg hatten folgende Anregungen, Anträge und Beschwörungen des Bezirksbetriebsrats:

I. In gemeinsamen Fragen für Angestellte und Arbeiter:

1. kostenlose Bereitstellung von kochendem Wasser zur Bereitung von Getränken für Beamte, Angestellte und Arbeiter, soweit die dienstlichen Verhältnisse es gestatten, — 2. ein Antrag auf Anhörung der Betriebsvertretung vor Erlass von Verfügungen, die Angestellte und Arbeiter betreffen.

II. In reinen Arbeiterfragen:

1. Einstellungen von Ferienvertretungen für beurlaubte Lohnempfänger, insbesondere Reinigungsfrauen, wenn die Vertretungsarbeit der nicht beurlaubten Lohnempfänger 33 Proz. der eigenen Pensumarbeit übersteigt, — 2. Einschickung der beim Kammergericht geführten Bewerberlisten für Lohnempfänger, — 3. Begrenzung der Eintragungen in diese Bewerberlisten nur auf solche Lohnempfänger, die Vordienstezeiten entsprechend § 34 Bff. 1 und 2 P.L. aufweisen, — 4. Bereitstellung von heißem Wasser zu Reinigungszwecken insbesondere für Reinigungsfrauen, soweit die dienstlichen Verhältnisse es gestatten, — 5. Beschwerde über Nichtbezahlung und Falschberechnung geleisteter Ueberstunden an einen Justizausbilder für Hauswirtschäfte und Festsetzung seiner Werklohnsumme (Erfolg 626 M. Nachzahlung), — 6. Mitwirkung des BBR. bei Entlassung von 40 Justizausbildern aus dem Kammergerichtsbezirk zum 31. Dezember 1931 zwecks Einstellung von Versorgungsanwärtern. Zur Vermeidung ungerechtfertigter Härten wurden mit Zustimmung einer vom BBR. einberufenen Konferenz der örtlichen Arbeiterräte der Groß-Berliner Dienststellen mit dem Kammergericht folgende Richtlinien vereinbart:

a) Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, — b) Nichtkündigung von Justizausbildern, die 1. über zehn Jahre im Reichs- und Staatsdienst tätig sind, 2. Mitglied einer Betriebsvertretung sind, — c) Kündigung von sozial besser gestellten Lohnempfängern anderer Kategorien, wie Hausdiener, Feiger, Altherbster, soweit sie das 65. Lebensjahr überschritten haben, — d) Unterbringung von geeigneten Justizausbildern in die freiwerdenden Stellen.

7. Anstellung von Zeugnissen für Ausfühlerkräfte, insbesondere Justiz- und Strafanstaltsausbilder, — 8. Antrag auf Erlass einer Verfügung auf Einführung einheitlicher Lohnabrechnungen für Lohnempfänger im Kammergerichtsbezirk, — 9. Senkung der Werklohnsummen für Lohnempfänger, — 10. Vereinbarung, daß bei Kündigungen von Werklohnempfängern das Arbeitsverhältnis nur zum Monatschluß gekündigt werden darf, — 11. Mitwirkung bei einem Antrag auf Schmutzulage für die Groß-Berliner Gefangenenanstalten gemäß § 23 P.L., — 12. Protest gegen Nichtbezahlung der tariflichen Kündigungsfristen bei Strafanstaltsausbildern, — 13. Mitwirkung bei einem Unterstützungsgeheim für die Witwe eines 65jährigen Lohnempfängers, wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung, — 14. Protest gegen Abzug von 2½ Proz. Arbeitslosenhilfe statt 1½ Proz.

Der BBR. hat selbstverständlich daneben noch Fragen behandelt, die entweder noch in der Schwebe oder abgelehnt worden sind. Es ist auch besonders zu beachten, daß die Arbeiter in der Justizverwaltung die Minderheitsgruppe darstellen. Der Arbeitervertreter im BBR. ist deshalb für Arbeiterfragen nicht allein entscheidend, er ist auf die Mitwirkung der Angestelltengruppe angewiesen, da nur Mehrheitsbeschlüsse des BBR. bindend sind. Es ist also zu beachten, daß die Erfolge nur durch Zusammenarbeiten des geschäftsführenden Ausschusses mit dem Gesamtverband zugunsten der Arbeiter erzielt werden konnten.

Edg.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Die hauptsächlichste Ursache der gärtnerischen Nöte

Es soll nicht wenige Menschen geben, in deren Brust zwei Seelen leben. Im gelegentlich auch „Gartenbau“ genannten Gärtnerberuf ist dieser Zweifelseelen-Bastard des homo sapiens zweifellos und zwar besonders stark im Unternehmertum vertreten. Die eine Seele empfindet ein zur Erstarkung drängendes gärtnerisches „Standesbewußtsein“, die andere seufzt sehnsüchtig nach den Stallgerüchen, dem Peitschenknall und den Subventionen in der Landwirtschaft. Diese hat nun bei ihrer materiellen Einstellung das zweite Seelenempfinden der Gartenbauern sehr schnell und nachhaltig, vor allem durch Anbau von Gemüse sich zunutze gemacht, so daß nun schon seit Jahren die erste Seele unserer Gartenbauern höchst gesteigerten Schmerz empfindet.

Solchem Schmerz hat auf der Tagung der Fachabteilung Gartenbau der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, über die wir vor kurzem berichteten, der Gärtnereibesitzer (wörtlich so geschrieben in der „Gartenbauwirtschaft“ Nr. 42 d. Jahrg.) Joh. Böttner, Frankfurt a. d. Oder, flehentlichsten Ausdruck gegeben. Er hat nämlich die Berufsvertretungen, „für uns Gärtner“ bei den Landwirtschaftskammern in kommender Zeit den berufsständischen Gedanken noch in viel stärkerer Weise als bisher in den Vordergrund zu stellen und mit allen Kräften die Förderung der berufsständischen Entwicklung zu pflegen. Sie werden aber darüber hinaus gerade jetzt eine große Aufgabe darin zu erblicken haben, berufs fremde Kreise, insbesondere die Landwirtschaft, vor einem Konjunkturabbau zu warnen.

Diese Warnung hat zweifellos ihre vollste Berechtigung. Wir haben sie schon zu jener Zeit erhoben, da die Organisation der gärtnerischen Unternehmer gerade mit Gemüsebauernratschlägen sich der Landwirtschaft förmlich aufdrängte. — Gewiß ist die Warnung heute nun ganz besonders dringlich; auch folgender Vorgang läßt das erkennen. Die Beratungsstelle für Obst- und Gartenbau des Kreises Pinneberg ließ den Tageszeitungen eine Zuschrift zugehen, in der es heißt:

„Als ein „noch aussichtsreicher Beruf“ wird der des Frühgemüsebauern genannt werden können. Insbesondere findet sich hier für nachgeborene Landwirtschaftsjöhne noch eine Möglichkeit, auf kleiner, eigener Scholle vorwärtszukommen, vornehmlich dann, wenn mit dem Frühgemüsebau der Obstbau und die Geflügelzucht verbunden werden.“

Auf der oben erwähnten Tagung sprach vor dem Reichsernährungsminister Freiherrn von Braun der Gärtnereibesitzer Schröder-Krefeld im Auftrage des Reichsverbandes des Gartenbauers auch über die Produktionsverhältnisse im Gemüsebau und erklärte dazu wörtlich:

„Insbesondere ist dabei zu warnen, daß sich berufs fremde Kräfte auf dieses Gebiet stürzen, ebenso wie ausdrücklich die übrige Landwirtschaft gewarnt werden muß, sich planlos auf den Gemüsebau umzustellen. Überproduktion kann auf diesem Gebiet mehr verderben, als Kontingentierung gut machen kann.“

Das Beispiel der Kreisberatungsstelle Pinneberg zeigt uns aber, daß die Warnungen des Reichsverbandes, die ja nicht erst in jener Tagung, sondern schon seit etwa zwei Jahren erhoben werden, auf die „große Schwester“ Landwirtschaft nicht den geringsten Eindruck machen. Das Schicksal der Gärtner rührt jene Kreise nicht, die „deutsche nationale“ Agrarpolitik betreiben. Im rückwärtslos erweiterten Konkurrenzabbau gärtnerischer Produkte durch die Landwirtschaft aber liegt die hauptsächlichste Ursache der Not der Gärtner.

Wenn jetzt die „Gartenbauern“ sich wieder auf ihren Gärtnerberuf besinnen, ihre Führer sogar offiziell in der „Gartenbauwirtschaft“, in der ein Jahrzehnt hindurch der Begriff „Gärtnerei“ geradezu verpönt war, wieder mit Gärtnereibesitzer bezeichnet werden und gegen die Konkurrenz der berufs fremden Landwirtschaft protestiert wird, so empfinden wir Arbeitnehmer, die ihren Gärtnerberuf nicht verleugnet haben, eine gewisse Genugtuung. Die Erkenntnis der Gegenseite, daß sie einen falschen Weg verfolgt hat, kommt gewiß reichlich spät; sie wäre jedoch noch nicht zu spät, wenn die an den Dingen nicht unschuldigen Führer der Arbeitgeberorganisation den Mut aufbrächten, durch Trennungsschnitte die Gärtnerei aus den Polypenarmen einer volksverderblichen deutschen Agrarpolitik zu befreien.

Auch Herr Sachmann berichtigt

Auf unseren Aufsatz „Dunkle Vorgänge“ in Nr. 47 der „Gewerkschaft“ werden wir von dem früheren Generaldirektor des RddG, Herrn Sachmann, mit einer Zuschrift beehrt, in der er zwei Berichtigungen von uns verlangt. Die erste bezieht sich auf unsere Annahme, daß die in der „Gartenbauwirtschaft“ mitgeteilte Vereinbarung, auf die der ebenfalls früher im RddG. tätig gewesene Dr. Reischle sich berufen hatte, unter einem gewissen Druck der Partei erfolgt wäre, der dieser Herr R. jetzt als ein Unterführer angehört. Da dieser Satz sich auf Herrn Sachmann gar nicht bezog, so besteht für uns keine preßgesetzliche Verpflichtung zum Abdruck der verlangten Berichtigung.

Uebrigens ist unsere Annahme durchaus nicht etwa so aus der Luft gegriffen. Das beweist der jüngste Fall in der Hitler-Bewegung, der Fall Darré. Dieser ist als Leiter der Hauptabteilung V im Braunen Haus zu München dem Dr. Reischle jetzt vorgezogen. Er war früher als Angestellter der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer von einer notorischen Unfähigkeit. Ihm wird jetzt nachgewiesen, daß auf seine Veranlassung durch die Nazi-Partei auf den Präsidenten der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer, Freiherrn von Buttlar, ein derartiger Druck ausgeübt worden ist, daß er von seinem Amte zurücktrat. Dieser Vorgang beweist, daß es tatsächlich solche Anzeichen gibt, die zu unserer Annahme berechtigen.

Herr Sachmann legt nun aber noch Wert auf die folgende Berichtigung, der wir beinahe freudig bewogen Raum geben:

„Es ist unrichtig, daß ich es für geraten erachtet hätte, in der Monatschrift für deutsches Bauerntum „Deutsche Agrarpolitik“ nicht mehr unter meinem wirklichen Namen zu schreiben, sondern daß ich dort das Pseudonym „Friedrich-Wilhelm“ gewählt hätte, um eine „Studie zur ständischen Eingliederung“ über den deutschen Gartenbau an die Nazimänner zu bringen.“

Richtig ist die mehr, daß ich in der Monatschrift für deutsches Bauerntum, „Deutsche Agrarpolitik“, niemals unter dem Pseudonym „Friedrich-Wilhelm“ geschrieben habe, so daß die daran geknüpften Folgerungen hinfällig sind.“

Aus dieser Berichtigung des Herrn Sachmann glauben wir folgendes schließen zu dürfen: Als ein Mann von Charakter legt er Wert darauf, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß er klug genug ist, sich von der Nazi-Partei jetzt in wahrscheinlich zunehmender Entfernung zu halten. — Wir möchten aber noch betonen, daß die betreffende in bestimmtester Form gehaltene Mitteilung mit dem angefügten Aufsatz aus der Zeitschrift „Deutsche Agrarpolitik“ aus einer Quelle stammte, die sich als eine über die Hitler-Bewegung stets gut unterrichtete erwiesen hat.

Berufsausbildung

Vorzügliche Veranstaltungen der Fachgruppe Berlin. Eine Reihe bemerkenswerter Veranstaltungen führte die Berliner Fachgruppe in den letzten Herbstwochen durch. Das Ziel sonntäglicher Besichtigungen waren die Späthilfen Baumschulen und mehrere interessante private Gartenanlagen in Cladow an der Havel. Die Vortragsreihe wurde am 24. Oktober eingeleitet mit einem interessanten Filmvortrag über Schädlingsbekämpfung im Obstbau des Kollegen Thull. Von stärkstem Eindruck und bestem Erfolge war ein am 12. November stattgefundener Lichtbildvortrag des Kollegen Gartenbautechniker Affeld über Friedhofskultur. Er fand statt in der Halle des Krematoriums. Orgelklang und Quartettgesang umrahmten ihn. Eine Besichtigung der Einäscherungsanlagen schloß sich ihm an. Ein nicht geringeres Interesse, doch leider geringere Beteiligung wurde am 22. November einem Vortrage des Kollegen Lehmann über „Dererungsgesetze und gärtnerische Pflanzenzüchtung“ entgegengebracht. Am 2. Dezember wird der Filmvortrag „Schädlingsbekämpfung“ in Zehlendorf wiederholt, um der Kollegenschaft in den westlichen Vororten eine günstigere Beteiligungsmöglichkeit zu geben. — Wir möchten anschließend mehrfachen Wünschen aus Kollegenkreisen Ausdruck geben mit dem Vorschlage, derart vorzügliche Veranstaltungen durch Aufstellung eines gedruckten Winter- oder Sommerprogramms eine noch größere Werbekraft zu verleihen.

Abrechnung mit den Nazis und Kozis vom BVG.-Streik

Die Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung am 25. November, an der 495 Kollegen teilnahmen, hätte zwar zum Geschäfts- und Kassenbericht für das dritte Quartal und zu den Beschlüssen des Verbandsbeirats Stellung zu nehmen gehabt, der ganze Abend war aber eine leidenschaftliche Debatte zum Streik bei der BVG. Wie tief die Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten und Kommunisten bei den Kollegen war, ging daraus hervor, daß alle Rechtfertigungsversuche der kommunistischen Redner entweder im Gelächter oder in Protestrufen untergingen. Besonders wurde die Zumutung zurückgewiesen, daß die Gewerkschaften sich dem Beschluß der Nazi-Kozi-Unorganisierten-Mehrheit der BVG zu fügen gehabt hätten und der Gesamt-Verband mindestens den Streik bis zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches hätte sanktionieren müssen.

Kollege Gelfert (BVG.) sagte: „Die Kommunisten haben keine Veranlassung, über Gewerkschaften und BVG.-Arbeiter zu schimpfen, denn sie (die Kommunisten) sind selbst schuld an den Maßregelungen, den Zuchthausurteilen und den körperlichen Beschädigungen so vieler Kollegen. Wenn sie jetzt Solidarität der freigewerkschaftlichen Kollegen mit den Gemäßigten verlangen, dann ist auf die sonderbare Art der Solidarität der Kommunisten hinzuweisen, die vor zwei Jahren bei der BVG. geübt wurde. Damals hat die Verwaltung wegen Betriebseinschränkung 1000 Entlassungen vornehmen wollen. Die freien Gewerkschaften waren es, die der BVG. eine Arbeitszeitverkürzung vorschlugen, um die Entlassungen zu vermeiden. Die KPD hat aber seinerzeit in der Abstimmung sich für Entlassung der 1000 Beschäftigten ausgesprochen. Wo blieb da die Solidarität, die man jetzt für sich in Anspruch nimmt. Bis jetzt hat sich keine RGO und niemand von den Nationalsozialisten um die Opfer des Verkehrsstreiks bemüht. Einzig und allein der Gesamt-Verband ist es, der sich für die irreführenden Kollegen ins Mittel legt. Die Organisationsverhältnisse bei der BVG. sind schuld an den unheilvollen Vorgängen. Seit Jahren wird eine gewissenlose Hege der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen Betriebsrat und Gewerkschaften betrieben. Der Streik ist nicht aus dem Betriebe heraus, sondern von betriebsfremden Elementen (SA. und KPD.) in den Betrieb hineingetragen worden.“

Kollege Petersen (Städtisches Krankenhaus Neukölln) sollte der Haltung der freigewerkschaftlichen BVG.-Kollegen alle Anerkennung. Die RGO. kann leicht Streiks vom Zaun brechen, weil sie niemals für die Folgen verantwortlich gemacht werden kann. Hätte der Gesamt-Verband den Streik sanktioniert, dann würde man heute mit Recht der Organisationsleitung Vorwürfe machen, weil sie mit den mühsam zusammengetragenen Beitragspfennigen der Mitglieder gerade die Feinde der Arbeiterbewegung unterstützt hätte.

Kollege Stiehm (Gaswerke) legte Wert auf die Betonung, daß die RGO. den Kampf geführt hat, ohne Voraussetzung für einen Erfolg. Wie die kommunistische Partei ihre Mitglieder einschätzt, geht allein daraus hervor, daß „Die Rote Fahne“ jetzt die Schuld an dem Zusammenbruch der BVG.-Aktion den unteren Instanzen, d. h. den kleinen Funktionären, zuschiebt.

Kollege Söll (BVG.) wies den Antrag der Kommunisten auf Ausschluß der Kollegen Schaum und Flieger aus der Organisation energisch zurück. Der Streik der Nazis und Kozis war ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und gab der BVG.-Verwaltung Gelegenheit zur Entlassung von Tausenden von Arbeitnehmern. Dem Gesamt-Verband hat der BVG.-Streik bestimmt nicht geschadet. Es ist vielmehr festzustellen, daß seit Beendigung des Streiks mehr Aufnahmen für den Gesamt-Verband zu verzeichnen sind, als in den zehn Monaten vor dem Streik.

Bemerkt sei noch, daß die Funktionäre des Gesamt-Verbandes in Dresden am 10. November ebenfalls Stellung zum BVG.-Streik nahmen. Nach einem Referat des Kollegen Hoffmann (Berlin), und einer lebhaften Diskussion wurde einmütig dem Gesamt-Verband besonders der Berliner Bezirks- und Ortsverwaltung, das Vertrauen der Kollegen ausgesprochen. Die Dresdener Funktionäre erkennen an, daß der Gesamt-Verband in diesem Streik richtig gehandelt hat. Sie erwarten, daß die Entlassungen durch unsere Organisation rückgängig gemacht werden können.

Der Vorschlag der Berliner Bezirks- und Ortsverwaltung, den erwerbslosen Kollegen eine Weichnachtsunterstützung in Höhe von 6 bis 10 Mk. zu gewähren, wurde einstimmig angenommen. Im Geschäftsbericht ging Kollege Ortman auf die Bewegung bei der BVG. und der Krafttag ein und stellte beide Aktionen als politische Streiks hin. Im dritten Quartal wurden 38 Abwehrbewegungen durchgeführt mit 44 823 Beteiligten. Die Neuaufnahmen von Mitgliedern betragen 1112. Vor den Arbeitsgerichten wurden 550 Klagen durchgeführt mit Anträgen auf Leistung von 507 260 Mk. Der Betrag des Erfolges stellte sich auf 477 541 Mk. Bericht und Beschlüsse des Verbandsbeirates wurden debattelos zur Kenntnis genommen. — Kollege Zietemann gab einen kurzen Kassenbericht über das 3. Quartal. Den 755 077 Mk. Einnahmen stehen 775 248 Mk. Ausgaben gegenüber. Die Neuordnung der Unterstützungsrichtungen ab 1. Januar 1933 wird sich für viele Kollegen günstig auswirken.

Der Wahlvorschlag zum Verbandsbeirat, der auf Antrag der Ortsverwaltung die Kollegen Kiel, Stein, Lamprecht und Maschke benennt, fand Annahme. Der Entschluß des Verbandsbeirates zum Verkehrsstreik wurde zugestimmt.

RUNDSCHAU

Dorfsicht, wenn Vertreter von Abzahlungsgeschäften anklopfen. Durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit bedingt, nimmt das Anklopfen von Vertretern der Abzahlungsgeschäfte an die Tür von Arbeitern immer größeren Umfang an. Der Vertreter will und muß ein Geschäft machen und da er, reellem Wege nicht immer zum Ziele kommt, schlägt er unreife Wege ein. Unter Anwendung von allen möglichen Geschäftskniffen versucht er insbesondere den Frauen Waren „laut Katalog“ anzudrehen, die nachher nicht in der Qualität geliefert werden, die der Vertreter angepriesen hat. Auch wird mit einem beliebigen Trick in der Bestellung der Warenmenge gearbeitet. Der Vertreter verwickelt den Kunden in den Glauben, er bestelle beispielsweise ein Buch zum Preise von 7,50 Mk. Nachher erhält er aber ein Werk von zehn Bänden à 7,50 = 75 Mk., denn auf dem Bestellschein steht, allerdings ziemlich unleserlich, „10 Bände à 7,50 Mk.“ So wird es häufig auch bei Wäschebestellungen gemacht. Beim Bestellen der Ware wird oft die Frage gestellt: „Ja, was wird, wenn ich arbeitslos werde?“ Antwort: „Dann schreiben Sie an die Firma. Sie ist dafür bekannt, daß sie in solchen Fällen den Kunden die Ratenzahlungen stundet.“ Ein solches Schreiben an die Firma mit dem Hinweis auf die mündliche Zusage des Vertreters wird aber dahingehend beantwortet, daß ausdrücklich im Bestellschein stehe: Mündliche Abmachungen haben keine Rechtsgültigkeit, der Bestellschein sei vom Kunden unterschrieben und daher müsse der Kaufvertrag wie abgeschlossen erfüllt werden; widrigenfalls werde Klage erhoben. Prompt kommt auch, nachdem eine Ratenzahlung ausgeblieben ist, der Zahlungsbefehl über die noch schuldige Restsumme zuzüglich der Kosten. Jetzt erst bemerkt man auch, soweit Berliner Firmen in Frage kommen, daß durch den Bestellschein der Gerichtsstand Amtsgericht Berlin-Mitte vereinbart ist, so daß für die außerhalb von Berlin wohnenden Kunden sich die Schwierigkeiten des Prozeßführens ergeben. Da es vielen unserer Verbandsmitglieder auch so ergeht, erhält der Verbandsvorstand aus allen Teilen des Reichs recht zahlreiche Ersuchen, die Kollegen K, U, S und ihre Frauen vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zu vertreten. Auch vor Urkundenfälschung wird seitens der Vertreter nicht zurückgeschreckt. In Sp. lehnte es ein Kollege ab, Bücher zu kaufen. Der Vertreter bat nun den Kollegen, seine Adresse in ein Diarium einzuschreiben, damit er später mit ihm ins Geschäft komme. Einige Tage darauf erhielt der Kollege aber auch zehn Bücher zum Gesamtpreis von 75 Mk. zugesandt. Die Annahme wurde von dem Kollegen unter dem Hinweis, daß kein Kaufvertrag vorliege, verweigert. Die Firma erhob aber trotzdem Klage vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte. Die Klage konnte nur dadurch abgewehrt werden, daß Anzeige wegen Urkundenfälschung gegen den Vertreter erhoben wurde. — Da bei der Rechtsabteilung des Verbandsvorstandes zur Zeit wieder eine Anzahl solcher Klagen vorliegen, möchten wir die Leser der „Gewerkschaft“ dringend warnen, von Vertretern von Abzahlungsgeschäften Waren zu kaufen. Diese Warnung gilt insbesondere den Frauen, weil die

Vertreter sich nicht mit Unrecht sagen, daß sie bei diesen mehr Glück haben, als bei Männern. Auch die Hergabe einer Unterschrift muß unterbleiben, auch wenn der Vertreter den Zweck als noch so harmlos hinstellt. In 99 von 100 Fällen wird damit nur Betrug zum schweren Schaden des Unterschreibenden betrieben.

Unter Verrückten . . .

Ein Wiener Professor, der einen Irrer zum Zwecke von Demonstrationen in seine Vorlesung gebracht hatte, mußte feststellen, daß das wirre antisemitisch-faschistische Geseffel des Idioten den fürmischen Beifall der anwesenden Studenten fand.

Ein Irrer, der schon hoffnungslos, Stand eines Tags auf dem Ratheder und schrie — was schreit ein Irrer bloß? — „heil Hitler, Goebbels, Röhm und Feder!“

Dann schlug er noch die Juden tot, wobei er mit den Augen rollte, Wozu das Höreraufgebot

Dem armen Irrer Beifall sollte! Der Vollidiot war sehr entzückt, Er fühlte sich bei seinesgleichen — Der Zwischenfall, zu gut geglückt, Ließ den Professor schnell entweichen! Das Resultat ist interessant, Doch kann es Neues kaum bedeuten — Denn wer erwartet wohl Verstand Bei eingeschwohrenen Hitler-Deuten — ?!

Kurt Kaiser Blatt

SCHRIFTEN UND BÜCHER
(Besprechung vorbehalten)

„Die Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung.“ Von A. Rehbach. Herder u. Co.-Verlag, Freiburg i. Br. Preis gebettet 2,20 Mk., kartoniert 2,60 Mk.

„Blodigs Abreißkalender.“ Verlag Paul Müller, München 2 NW 8, Hirtenstr. 15. Preis 2,90 Mk.

Was von Jahrgang zu Jahrgang hier immer sinnfälliger wird, das ist die überaus große Sorgfalt in der Auswahl der Bilder, der Abwechslung der Motive in Berg und Tal, Jahreszeiten, das Leben in den Bergen, in Tier- und Pflanzenwelt, so daß die alljährlich steigende Zahl der Kalenderfreunde verständlich wird.

Die Kulturangaben der Gewerkschaften. Diesen Vortrag, den Kollege Seipart bei der Abschiedsfeier der rheinisch-westfälischen Schülergruppe des Gesamt-



Wer sich für „GEG“ entschließt, raucht billig und genießt!

GEG-Smarra 2 1/2 Pf.
GEG-Iris . . . 3 1/3 „
GEG-Jaka . . 3 1/3 „

aus Ihrem Konsumverein, die zeitgerechten, guten Zigaretten für Sie!

Verbandes in der Bundeschule in Bernau hielt, hat die Verlagsgesellschaft des NSDAP. jetzt als Broschüre herausgebracht. Nummer 49 der „Gewerkschaft“ enthält bereits einen Auszug aus dieser hochinteressanten und wertvollen Rede. Sie ist für jeden organisierten Arbeiter so wichtig daß er die Broschüre unbedingt lesen muß. Sie ist zu beziehen durch die Verlagsanstalt Courier, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4, zum Preise von 30 Pf. für Mitglieder des Gesamt-Verbandes.

Der Bridge-Meister. Das moderne Kartenspiel. Die genauen Regeln und Anfiße zum überlegenen Spiel von Carl van Sengel. Mit vielen Bildern und Beispielen. Preis nur 1,10 Mk. Silbernes Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstr. 44.

Weiße Zähne: Chlorodont

Wenn am Weihnachtsbaum die Lichter brennen

Möchten Sie da nicht, daß Ihre Gaben besonders gut gefallen? Wir machen es Ihnen leicht durch unser heutiges Sonder-Angebot. Uuteilen Sie bitte selbst:

Aussteuer - Wäschepaket
Nr. 1C

7,20 m Mako-Blumendamast 130 cm breit sog. Seidendamast, ohne Füllappretur, hervorragende Qualität

6 Stck. Blumen-Frottier-Handtücher große, schöne Tücher, erstklassig im Gebrauch

3 m Mako-Wäschetuch weiß, fein- und dichtfädig

5 m Weißes Wäschetuch sehr stark, unverwüstlich, dichtgeschlossen

2 Stck. Stickerei-Kissen wie handgestickt, prachtvolle, dauerhafte Kissen und dazu noch:

6 Stck. Halbleinen-Gläsertücher rot oder blau kariert, allerbestes Erzeugnis, ca. 58/58 cm und alles zusammen in Geschenkpackung **20.-** nur RM.

Bestellen Sie bitte sofort! Sie werden durch unsere Wiesentaler Webstoffe helle Weihnachtsfreude bereiten. Verlangen Sie auf alle Fälle unsere neueste reichhaltige Preisliste mit vielen Weihnachts-Sonderangeboten. Garantie: Umtausch gestattet oder Geld zurück. Sparen auch Sie durch Direkt-Kauf bei der

Textil-Manufaktur
Haagen
WILHELM SCHOPFLIN
Haagen 485 A Baden

Ein Weihnachtslos ARBEITER-WOHLFAHRT

Ziehung, 20. und 21. Dez. 1932
Glücksbriefe
10 Lose 5 RM., 20 Lose 10 RM.
Lose zu haben: bei allen Bezirks- und Ortsausschüssen für Arbeiterwohlfahrt, bei den Konsumvereinen und allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

hilft mit **50 Pf.**

Gewinne im Werte von

Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch mit 90% ausbezahlt.

450 000 MK.

Immer zeitgemäß! Und mehr als billig!

Dr. Ed. David:
Die Befriedung Europas
Statt 1,— nur 0,25 Mk.

Gerhart Seger:
Wehrhafte Republik
Statt 1,— nur 0,25 Mk.

L. Quidde:
Der erste Schritt zur Weltabrüstung
Statt 0,75 nur 0,20 Mk.

Verlagsanstalt „Courier“, Berlin SO 16 Michaelkirchpl. 4

„Sering im eigenen Licht photographiert.“ In einem „Das Bild im Großen Brodhaus“ betiteltten Aufsatz erzählt das neue Jahrbuch „Den Freunden des Verlags F. A. Brodhaus“ 1932/33 von merkwürdigen Maßnahmen, die der Große Brodhaus jetzt. So wird auf der Tafel „Leuchtorganismen“ das Bild eines toten Herings gebracht, der in seinem eigenen Licht photographiert worden ist. Die Jahresgabe des Verlags dürfte diesmal besonders viele Freunde finden, da die neue Folge auf Kunstbrüderpapier hergestellt und mit über fünfzig Photos und Zeichnungen ausgestattet ist. Es bringt ferner eine Anzahl ausgewählter Aufsätze aus den Federn berühmter Forscher der Neuzeit. Der Verlag F. A. Brodhaus, Leipzig C. I. Querstr. 16, gibt das Buch kostenlos ab.

„Das Dienstrecht der Behördenangestellten.“ Die Rechtsverhältnisse der Angestellten im Dienste von Behörden und Betrieben aller öffentlichen Körperschaften des Reichs, der Reichspost, Reichsbahn, Reichsbank, der

Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sozialversicherungsträger, Kreditinstitute, Reichsgemeinden, Versicherungsanstalten und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Von Dr. jur. Gerhard Wade, Gerichtsassessor, Fakultätsassistent an der Universität in Breslau, 500 S. Preis 25 Mk., Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

„Eismeerflug.“ Mit 24 Abbildungen und einer Karte. Halbleinen 2,80 Mk., Ganzleinen 3,50 Mk., Verlag F. A. Brodhaus, Leipzig.

S. A. Andrée: „Dem Pol entgegen“. Auf Grund der während Andrées Polarexpedition 1897 geführten und 1930 auf Bitts gefundenen Tagebücher S. A. Andrées, N. Strindbergs und A. Fraenckels herausgegeben von der Schwedischen Gesellschaft für Anthropologie und Geographie. Mit 122 Bildern und 5 Karten, Geheftet 11 Mk., Leinen 19 Mk., Verlag F. A. Brodhaus, Leipzig.

Werbe-Angebot!
50000 Stück
Linon-Bettücher
 reinweiß, beiderseitig feine Spinnfäden, eine äußerst haltbare und dicke Bettuchware, dabei nicht zu groß, aus nur guten Garnen, prima dauerhafte Qualität, Größe 140 x 220 cm
6 Stück nur Mk. 10.—
 portofrei Nachnahme.
 Bedingung: sofortige Zurücknahme bei Nichtgefallen. Geb. anstandslos zurück. Täglich Nachbestellungen. Ungezählte Anerkennungen. Illustrierter Katalog über mehr als 350 billige Arten et folgenlos u. portofr.
 Fabr. Wirth, Münchberg-F 237 i. Bay. Mechanische Weberei und Großvertrieb.

ZIGARILLO
 Havanna Qualität
 Vorzügliches Aroma
 Rücksendung u. Umtausch
 gestattet. Direkt ab Fabrik
 zum Raucher. Versand per
 Nachnahme
 Herbitr. i. B. Zig.-Fabr., Brunsal-Forst 3
 Man fertigt schales
 selbst d. die schöne
 Laubsägerel. Kat. gratis.
J. BRENDEL
 Limburgerhof 95, Pfalz

Empfehlenswerte Bücher
Die Menschlichkeit während des Krieges
 Das Buch der guten Werke von 1914-1918. Eine Sammlung von Berichten über Taten von Frontkämpfern aller Länder. Gebunden 4,80 Mk.

Fälsch-Miller: Der heilige Teufel (Rasputin und die Frauen)
 Thomas Mann: Eine außerordentliche Lektüre, aufregend, unheimlich und sehr lehrreich. Ein echt russisches Heiligen- und Sündenleben. Ein Buch, das insandne ist, die Mehrzahl erdichteter Romane aus dem Feld zu schlagen.
 Knut Hamsun Ein großartiges Werk in Text und Bild.
 Ganzleinenband mit 94 Tiefdruckbildern statt bisher 15.— Mk. nur 3,75 Mk.

Pierre Viénot
Mißverständnisse üb. Deutschland
 Ein wirklich aktueller französischer Beitrag zur wirtschaftspolitischen Verständigung Deutschlands u. Frankreichs. Preis 3.— Mk.
 Arthur Feiler.
Experiment des Bolschewismus
 Ergänzt auf den Stand der Gegenwart. Das klassische Werk über den Bolschewismus. 3. Aufl. Preis brosch. 5.— Mk., geb. 6,50 Mk.

ALLES BILLIGER!
 Westfalla Werkzeug Co.
 Hagen 101 i. W.
 Werkzeugliste gratis
Beachtet unsere Inserate
 Offizierstuch u. Yachtclubserg.
 Licht, Luft-u. Seestich, elegant u.
 preisw. f. Anz., Kostüm, Damen-
 mantel usw. Teils. Gr. bemust. Angeb. Orig.
 Kiel- u. Matrosen-Kinder-Anzüge, Kleider u. Mäntel
 (erforderlich Alter, Größe Schmelz bis Fußsohle, Knabe oder Mädchen)
Marine-Versandhaus Bernhard Preller, Kiel 236

Erhalte Deine Gesundheit
 als höchstes irdisches Gut durch die infolge ihrer hervorragenden Erfolge weltbekannt gewordenen und auf allen Internationalen Ausstellungen preisgekrönten
Philippsburger Herbaria-Kräuter-Heilmittel
 Für jedes Leiden stellen wir eine besondere Spezialmischung her. Aus unserer großen Auswahl bieten wir besonders unsere Präparate gegen folgende Leiden an:

Arterienverkalkung: verursacht Schwindel, Gedächtnisschwäche, Röhmungsercheinungen, Schlaganfälle (oft tödlich). — **Herbaria-Arterienkräuter Nr. 4** lösen Kalk- und Harnsäureablagerungen auf, scheiden sie aus, reinigen das Blut gründlich, fördern die Blutcirculation, senken den Blutdruck herunter, erhöhen die Elastizität der Gefäßwände, beugen Schlaganfällen vor, verlängern das Leben und die Arbeitsfähigkeit.

Asthma: (Atemnot) tritt plötzlich oft krampfartig auf und verursacht Angstgefühl, Beklemmung, Druck auf der Brust, Ersticken, Schweißausbrüche und Leiden der Atmungsorgane, oft sogar Lungenentzündung. **Herbaria-Asthma-Kräuter Nr. 6** wirken schleimlösend, hustenreizmildernd, krampflösend und bekämpfen asthmatische Beschwerden schon langjährig mit hervorragenden Erfolgen. In allen Verbrauchsformen lieferbar.

Blasen- und Nierenleiden: Blasenkatarrh, Sandstrang usw. verursachen heftige Schmerzen im Unterleib und Rücken, Brennen beim Urinieren und hinterlassen bei Vernachlässigung Schwäche der Blasenmuskulatur, Stein- und Griesbildung, schwere Nierenleiden usw. **Herbaria-Blasen- und Nieren-Kräuter Nr. 12** lösen Gries- und Steinablagerungen auf, reinigen die Harnorgane, kräftigen Blasen und Nieren, unterstützen sie in ihren Funktionen und führen ihnen Heilstoffe zu.

Blutunreinigkeiten: bilden den Nährboden für sehr viele, ja die meisten Krankheiten, insbesondere für Hautausschläge, Piel, Geschwüre, Flechten, Gicht, Rheuma, Arterienverkalkung, Krebs usw. Wer seine Gesundheit lieb hat, sorgt für gründliche Entgiftung, Reinigung und Auffrischung des Blutes durch unsere altbewährte und mit Erfolge gekrönte **Herbaria-Blutentgiftungs- und Entfäulungs-Kräutermischung Nr. 19**, durch welche alle Blutunreinigkeiten ausgeschieden werden.

Gallensteine: bilden sich durch Zusammenballen absonderter Rückstände in der Gallenblase und verursachen sehr häufig beim Passieren der Gallenblasenöhre durch Einklemmung oder Verstopfung den gefährlichsten und sehr gefährlichen und vielfach tödlichen Gallen-Kolik-Anfall. **Herbaria-Gallenstein-Kräutermischung Nr. 40** wirkt auflösend auf diese Ablagerungen und fördert die Auflösung und Ausscheidung der Gallensteine.

Gicht und Rheuma: sind die Folgen von Ansammlungen überschüssiger Harnsäure im Blut. Diese versetzt sich zu kristallartigen Krusten vornehmlich in den Gelenken und verursacht an diesen Stellen fürchterliche Schmerzen.

Jedes Mittel ist in altbewährten sowie moderneren Verbrauchsformen zu den angegebenen Preisen lieferbar. **Herbaria-Kräuterfäule-Mischungen**, aus frischen Kräutern kaltpressierte Rohstoffe mit dem vollen Vitamin- und Nährstoffgehalt der frischen Pflanzen. Preis pro Flasche je nach Gemischungen Mk. 2.— bis 3.— (Kur 6 bis 10 Flaschen).
Herbaria-Spezial-Kräuter-Tees, in Paketen zu Mk. 2.— bis 3.— je nach Sorte (Kur 3 bis 6 Pakete).
Herbaria-Spezialkräuter-Wunder-Mischungen, in Paketen zu Mk. 2.— bis 3.— je nach Sorte.

Jedermann lese das von dem bekannten Kräuterfachmann Carl Salber, Philippsburg, unter Mitwirkung erfahrener Ärzte allgemeinverständlich geschriebene Buch „Das Pflanzenheilverfahren“. 208 Seiten nur Mk. 1.—.
Herbaria-Kräuterparadies Philippsburg G. m. b. H., Philippsburg 305 (Baden)
 Ferner stellen wir alle ungenügenden, naturreinen Frucht-, Gemüse- und Heilpflanzen-Rohstoffe her, wie z. B. Virensaft (bei Harnsäure, Gicht, Rheuma, Ischias), Brennesselsaft (eisenhaltig u. Blutbildungs- und Blutreinigungs-Mittel), Anisfenchel (Bronchial- und Lungenleiden, Husten, Verschleimung), Eichenrindsaft (gleiche Wirkung), Knoblauchsaff (bei Arterienverkalkung, senkt den Blutdruck herab), Löwenzahnsaff (bei Leber-, Milz- und Gallenleiden), Meerrettichsaft (Harnsäure, Ruckertankheit), Wermut- und Enziansaff (bei Appetitlosigkeit, Magen- und Nierenleiden), Spinnfaden (eisenreich, blutbildend, kräftigend) Möhrensaff, Tomatensaft (essenziell notwendig am Krantenbett), nervennährend, Wacholderfenchel (blutreinigend, magenkräftigend), Zitronensaft (von frischen Früchten gepresst) usw. Preis pro Flasche nur Mk. 1,25 bis 2.— je nach Saftsorte. Ab 3 Mk. Frankofreierung. Ausführliche Broschüre über „Pflanzenheilverfahren“ kostenlos.

Herbaria-Harnsäure-Kräuter Nr. 4 wirken auflösend und ausgescheidend auf Harnsäureansammlungen, verhindern die Neubildung und haben schon viele Gicht- und Rheumaleiden von ihrem Leiden befreit. Ein Versuch überzeugt.

Herzleiden: sind sehr ernst zu nehmen. Mangeln, Blutarmer, Nervenleiden, Neuralgie und viele andere Leiden. Herzleiden sollten daher rechtzeitig unsere **Herbaria-Herzkräuterheilmittel Nr. 52** gebrauchen, welche Herz und Nerven kräftigen und beruhigen, fördernd auf die Blutcirculation und regulierend auf die Herzrhythmus einwirken.

Lungenleiden: katarrhalische, sowie tuberkulöse werden außerordentlich wirksam bekämpft durch die aus dem kalk- und kiefsäure-reichsten Standorte nach ärztlicher Vorschrift hergestellten **Herbaria-Lungenkräuter-Präparate Nr. 66**. Dieselben wirken schleimlösend, auswurffördernd, fiebermildernd und dienen gleichzeitig zur Förderung der Veratung und Verkapelung tuberkulöser Bazillenherde in der Lunge. Weiter wirkt diese Mischung auch appetitanregend und kräftigend auf den ganzen Organismus. Kreisärztliche Gutachten liegen vor.

Magenleiden: Magenschwäche, Magenschmerzen, Magensaureibersäure, Gorbrennen, Magen- und Darmkatarrh, Verdauungsschwäche, Appetitlosigkeit, Magendrücken, schlechte Nervenstoffe usw. bekämpft man wirksam durch **Herbaria-Magenbitter, Kräuteremulsion Nr. 68**, welche die Magenerven und die Magenmuskulatur beruhigt und kräftigt, den Appetit anregt, den Magen stärkt, die Magensaure neutralisiert und den Verdauungsprozess fördert.

Nervenleiden: äußern sich hauptsächlich durch Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Mattigkeit, geistige Ermüdung, erhöhte Reizbarkeit usw. Ein alterprobtes und vorzüglich bewährtes Bekämpfungsmittel hierfür sind die **Herbaria-Nervenkräuter-Präparate Nr. 80**. Sie machen ohne jede schädliche Nebenwirkung ihren blutstärkenden, nervenberuhigenden, schlaffördernden und energieverleihenden Einfluss auf den ganzen menschlichen Organismus mit bestem Erfolge geltend. Tausende Dank-schreiben.

Wurmleiden: die Ursache von Abmagerung, Appetitlosigkeit (abwechselnd mit Sättigung), Uebelkeit, Ohnmachten und Schwindelgefühl, Afterruhen, unregelmäßigem Stuhlgang usw. werden wirksam bekämpft durch **Herbaria-Wurmkrauter-Präparate Nr. 98**. Diese Mischung vertreibt in kurzer Zeit Band-, Spul- und Maden-Würmer und ist zugleich ein außerordentlich wirksames Mittel gegen alle Verunreinigungen.

Herbaria-Kräuterpulver-Kapseln, mit obigen Pulvern gefüllte, angenehm einzunehmende Oblatenkapseln. Einheitspreise per Schachtel mit 60 Kapseln Mk. 3,60, mit 40 Kapseln Mk. 2,50.
Herbaria-Kräuter-Tabletten, aus obigen Pulvern gepresste Tabletten. Einheitspreis per Schachtel mit 200 Tabletten nur noch Mk. 3.—.
Herbaria-Kräuter-Dragees, mit einer Ueberzugsmasse überzogene und deshalb sehr gut einzunehmende, bonbonsartige Tabletten. Einheitspreis per Schachtel mit 150 Dragees Mk. 3.—.

Die neuen
Notizkalender 1933

sind erschienen

Wir bringen wieder heraus:

- Allgemeiner Notizkalender 1933**
für alle Berufsgruppen
- Luft- und Kraftfahrt-Kalender 1933**
für Kraftfahrer und Flugzeugführer
- Straßen- und Privatbahner-Kalender 1933**
für Straßen- und Privateisenbahner
- Allgemeiner Deutscher Gärtnerkalender 1933**
für Gärtner, Park- und Friedhofsarbeiter
- Landstraßenwärter-Notizkalender 1933**
für Landstraßenwärter
- Feuerwehrtaschenbuch 1933**
für Berufsfeuerwehrmänner

Alle Notizkalender haben wieder die bekannte gute Ausstattung und umfangreichen, interessanten Inhalt. Jeder Kalender kostet 60 Pfennig. Das „Feuerwehr-Taschenbuch“ kostet 75 Pfennig. Bestellungen nimmt jede Ortsverwaltung entgegen.



Togal
unübertroffen bei
**Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen**
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungs-
krankheiten. Stark harnsäurelösend,
bakterientötend! Absolut unschäd-
lich! Ein Versuch überzeugt!

Über 6000
Anzeigutachten
in allen
Apotheken
M. 125
Größe 125 cm
Bauart 125 cm

Schütze Deine Familie



durch eine
**Herold-
Versicherung**

Wir bieten:

- Begräbnis-Versicherung, Sterbegeld-Versicherung, Kinder-Versicherung, Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung
- Niedrige Prämien, keine Wartezeit
- keine ärztliche Untersuchung
- Bei Tod durch Unfall doppelte Versicherungssumme

Wir haben:

1 Million 660 000 Versicherte

Wir zahlen
im Jahre 1931

über 8 Millionen Reichsmark
für unsere Versicherten aus, und
seit Anfang 1924 bis jetzt über
42 Millionen Reichsmark

Vermögen 80 Millionen Reichsmark

Verlangen Sie kostenlose unverbindl. Auskunft. Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und allen Städten Deutschlands

Deutscher Herold

Volks- und Lebensversicherungs-AG.
Berlin SW 48, Friedrichstr. 219-220

Werbt für den Gesamt-Verband!

Akten-
staub
muß
jeder
lesen,
darum
sofort
be-
stellen!

Die hier angeführten
Bücher können be-
zogen werden durch:

Verlagsanstalt
„**Courier**“ GmbH,
Berlin SO 16
Michaelkirchplatz 1

T 20/1



280 000

Weihnachtspakete

wurden im letzten Jahre bei mir bestellt!

Ungeheure Nachfrage

schon in diesem Jahre!

Wollen Sie noch so billige und gute Waren, dann

bestellen Sie sofort!

Gültig nur bis Weihnachten 1932!

Keine Abgabe an Wiederverkäufer!

Nr.	Artikel	Wrt. Wk.
61	Vorhangstoffe (fog. Gardinen), Indanthrenfarbig gestreift, durchsichtig gewebt, etwas geringere Sorte 70 cm breit p. Wrt.	-10
62	Baumwolltuch ungebleicht, gute, besonders reichste Sorte, für sehr haltbare Wäschestücke 78 cm breit p. Wrt.	-25
63	Baumwolltuch ungebleicht, besonders starke, fast unverwundliche Qualität, für strapazierbare Bettlücken usw. 140 cm breit p. Wrt.	-65
64	Hemdenflanell , fast unzerreißbare, überaus haltbare Qualität, mit garantiert wasserdichten Streifenmustern 70 cm breit p. Wrt.	-25
65	Hemdenflanell , vorzügl. dichtgeschlossene, feinfäbrige, fast unverwundliche Qualität, mit garantiert wasserdichten Streifenmustern, 80 cm breit p. Wrt.	-33
66	Weißes Hemdentuch , mittelstark, fastlähig, dichtgeschlossene, vorzügl. Qualität, für bessere Leib- und Bettwäsche, 80 cm breit p. Wrt.	-34
67	Hemdenzeffir , sehr gute, mittelfeinläbige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gebunden, mittelfarbigen Mustern, garant. wasserdicht, 80 cm breit p. Wrt.	-34
68	Handtuchstoff , träftige Strapazierqual. 40 cm breit p. Wrt.	-26
69	Wischlucher , solide, haltbare Sorte 45 x 45 cm per Stück	-10
70	Wischlucher , varierte Muster, bessere, währte Qualität, 55 x 55 cm . . . per Stück	-20
71	Frottierhandlucher , aus vorzügl. Stoff, mit schönen, eingewebten Mustern, weiche angenehme Sorte, 45 x 100 cm per Stück	-55
72	Taschentucher , weiß, mit Hohlfaum, gute, besonders bestie, schöne Sorte, 30 x 30 cm, per 1/2 Tuzend	-61
73	Taschentucher , mit weißem Grund, und besonders feinen, farbigen Ranten, elegantes Herrentuch, 43 x 43 cm per 1/2 Tuzend	1.25
74	Schlafdecken , lamelhaarfarbig, schwere strapazierbare Sorte, aus solchem Material, daher haltbare, weiche, warme Qualität, Größe 130 x 190 cm per Stück	2.70
	Angeheuer vorteilhaft!	
75	Weißes Hemdentuch , mittelstark, fäbrige, dichtgeschlossene, vorzügl. Qualität, ohne Appretur hergestellt, jedoch mitunter nicht vollkommen rein gebleicht. Da diese Qualität ganz appreturiert ist, wird dieselbe in der Wäsche normalerweise statt leichtes noch dichter und ist deshalb für gute, sehr haltbare Wäsche zu verwenden. Die nicht vollkommen reinen Stellen, welche kaum bemerkbar sind, lassen sich durch Waschen bekanntlich entfernen, 80 cm breit	-20
	Ausnahmepreis per Meter nur	
	Abgabe hiervon bis 20 Meter an jeden Abnehmer!	
	Trotz dieser niedrigen Preise wird jedem Vater eine hübsche, aufgehende Standuhr beigelegt.	
	Auf Wunsch werden statt der Standuhr Wrt. 1.10 in bar vergütet, welcher Betrag an der Rechnung in Abzug gebracht wird.	
	Verband erfolgt per Nachnahme von Wrt. 10.— an; portofreie Lieferung von Wrt. 20.— an.	
	Meine Garantie: Auf Wunsch sofortige Zurüdnahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Zurüdzahlung des vollen ausgelegten Betrages.	

Josef Witt, Weiden 56 (Opl.)

4400 Arbeiter und Angestellte
in eigenen Fabriken und der Verbandabteilung